

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Ernst Engel

Die Landwirtschaft zwischen EWG und EFTA 6

*Kontorchef Mægaard Nielsen*Der Handelsverkehr zwischen Dänemark
und Deutschland 13*Jochen Oertel*

Frankreich — Europa / England — Europa Europäische Modelle 23

Oswald Hauser

Volk und Staat als Elemente der europäischen Politik..... 27

*Rudolf Stehr*Die parlamentarische Vertretung der Minderheiten
beiderseits der Grenze 35*Hans Peter Johannsen*

Carl Roos – Lebenserinnerungen 41

Umschau ab Seite 47

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,— DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,— DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9 Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ICH SAGTE MIR ...

... Jedoch, der Eindruck des überwältigenden, vitalen Druckes von Süden blieb haften und führte dazu, die Richtung meiner Studien entscheidend zu beeinflussen. Ich sagte mir: Wenn das mächtige Land unser Schicksal ist, ist es gleichzeitig unsere Möglichkeit. Wenn von allem Ausland Deutschland nicht nur geographisch, sondern auch historisch und kulturell uns am nächsten steht, muß es gleichzeitig unser natürlicher Weg sein, uns in der Welt geltend zu machen. Ich fragte: Wenn Deutschland unwidersprochen mehr als irgendein anderes Land unsere Kultur geprägt hat, wie haben wir dann darauf reagiert? Haben wir passiv empfangen oder haben wir dem Empfangenen eine veränderte Gestalt gegeben? Oder haben wir etwas wiedergegeben, und wenn, was? — Das motivierte eine neue Zielsetzung.

Ich fuhr vorläufig fort, meinen gesammelten Stoff über die moderne deutsche Literatur zu bearbeiten, jedoch die Pläne auf längere Sicht galten von nun an etwas anderem: den Kulturbeziehungen zwischen Dänemark und Deutschland im Wandel der Zeiten. Ich fragte: Welche dänischen Verfasser sind bekannt gewesen und haben in dem deutschen Geistesleben Spuren hinterlassen? Ich verweilte zuerst bei dem, der mir seit der Kindheit vertraut gewesen war, Ludvig Holberg.

Aus: Carl Roos, Die Zeit der Vorbereitung — Lebenserinnerungen, Bd. 1 G. E. C. Gad, Kopenhagen

Sechs + Sieben = Eins

Einige Anmerkungen zu diesem Heft

War es bisher schon nicht leicht, sich in dem Vielerlei und Widerspruchsvollen der Nachrichten über den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas zurechtzufinden und ein klares Bild von dem zu gewinnen, was eigentlich endgültig im Werden ist, so hat die Fülle dessen, was hierüber in den letzten Wochen bekannt wurde, nicht gerade dazu beigetragen, das Geschehen zu entwirren und durchsichtiger zu machen. Dabei ist inzwischen wohl dem letzten klargeworden, daß gerade für uns an der Grenze zum Norden, an der Nahtstelle zwischen EWG und EFTA, Entscheidendes davon abhängt, wie hier von denen, die an den Hebeln sitzen, die Weichen gestellt werden.

Von Beginn an sehr hellhörig war hier verständlicherweise die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig. Sie hat sich schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt, als man bei uns südlich der Grenze die sich anbahnenden Entwicklungen noch gar nicht oder kaum zur Kenntnis genommen hatte, mit den Konsequenzen der wirtschaftlichen Integration Europas beschäftigt und pro oder kontra Stellung genommen. So hat der Bund deutscher Nordschleswiger auch auf seiner traditionellen Tagung in Sankelmark zum Jahresbeginn 1961 den gegenwärtigen Stand der Dinge in seine Erörterungen einbezogen, und zwar im Anschluß an einen Vortrag von Mægaard Nielsen, dem Chef der Erhvervskontors im dänischen Außenministerium, der zu den Auswirkungen der möglichen Entwicklungen von EWG und EFTA auf die traditionellen dänisch-deutschen Handelsbeziehungen vom dänischen Standpunkt aus Stellung nahm.

Wenig später, Ende Februar, sprach am gleichen Ort auf einer Wochentagung der Grenzakademie mit dem Generalthema „Sechs + Sieben = Eins“ Ministerialrat Engel vom schleswig-holsteinischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über den gleichen Fragenkomplex aus dem Blickwinkel der deutschen Landwirtschaft.

Wir freuen uns, diese beiden sich thematisch ergänzenden Vorträge in diesem Heft veröffentlichen zu können. Eine Zusammenfassung von drei weiteren auf der Sankelmarker Tagung gehaltenen Referaten durch Jochen Oertel runden das Problem EWG—EFTA und die Frage ihres Zusammenschlusses ab.

Sechs + Sieben = Eins — dieser elegante, beinahe ein wenig an Zauberei erinnernde Titel für die Erörterung eines sehr komplizierten wirtschaftlichen Fragenkomplexes — läßt die Lösung eines Problemkreises leicht erscheinen, vor deren geistiger Bewältigung alle Nichtfachleute wegen seiner großen Schwierigkeiten zurückzuschrecken drohen und mit einer gewissen Hilflosigkeit vor dem Gang durch das Gestrüpp der Tagesmeldungen die Waffen strecken.

„Politik ist Schicksal“ hat der erste Napoleon gesagt. Dem hat Rudolf Hilferding, der Sozialist, einmal die These entgegengesetzt „Wirtschaft ist Schicksal“. Bei allem, was mit der EWG und der EFTA zusammenhängt, geht es um Wirtschaft und Politik, um Politik und Wirtschaft, geht es um Europa — und Europa ist unser Schicksal!

Dabei stellt sich mehr als einmal das leidige Gefühl ein, daß die auf uns zukommende Entwicklung vom Grenzlande, also von der Peripherie her, kaum oder gar nicht zu beeinflussen ist. Die Entscheidungen fallen anderswo, und wir werden sehen müssen, was sie uns bringen und wie wir mit ihnen fertig werden.

Doch ist man sich diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze darüber einig, daß der Brückenschlag zwischen EWG und EFTA für alle das Sinnvollste wäre, aber: Hart im Raume stoßen sich die Sachen!

Wie hart Gegensätze aufeinanderprallen und welche Sprengkraft neue politische und soziale Vorstellungen entwickeln können, zeigt der ebenfalls in diesem Heft veröffentlichte Vortrag „Volk und Staat als Elemente der europäischen Politik“, den Prof. Oswald Hauser auf dem Deutschen Tag 1960 in Hadersleben gehalten hat, während Rudolf Stehr eine vergleichende Übersicht des gegenwärtigen Standes der parlamentarischen Vertretung der Minderheiten nördlich und südlich der Grenze gibt, eine Darstellung, die anlässlich der wieder aufgelebten Erörterungen um eine „untraditionelle Vertretung“ derselben von allgemeinem Interesse sein wird.

eb.

Wir haben mit den Ländern Schweden, Norwegen und Österreich gemeinsam, daß wir an der Grenzscheide zum Osten liegen, daß wir die Drehpunkte für die wirtschaftliche Auseinandersetzung bei den gegenseitigen Handelsbeziehungen darstellen und daß wir daher darauf angewiesen sind, daß diese Länder an der Grenze zum Osten, die allmählich eine einheitliche handelspolitische Linie beziehen müßten, einfach nicht zwei verschiedenen Gruppen angehören können, sondern daß wir mehr noch als andere Länder ein entscheidendes Interesse daran haben, die Sieben und die Sechs zumindest in eine Einheit zusammenzuführen. Hier handelt es sich nicht nur um vitale wirtschaftliche, sondern um vitale politische Interessen, die uns sehr eng in die gleiche Linie bringen wie die drei nordischen Staaten sowie Österreich und gegebenenfalls auch die Schweiz und die uns eigentlich von der Sache her veranlassen müßten, geradezu initiativ zu werden, um den gefährlichen Prozeß der Desintegration zu hemmen.

Heinrich Deist MdB, in der Mitgliederversammlung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung

Die Landwirtschaft zwischen EWG und EFTA

Gescheiterte Bemühungen um die großeuropäische Freihandelszone

I

Als im Anschluß an die Unterzeichnung der Rom-Verträge die führenden westeuropäischen Handelsnationen im Rahmen der OEEC den Versuch unternahmen, zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den übrigen Mitgliedstaaten der OEEC eine großeuropäische Freihandelszone zu bilden, stellten sich sehr bald zwei entscheidende Schwierigkeiten heraus:

1. das technische Problem der Ursprungszeugnisse
2. die Lösung der Agrarfragen

Da in einer Freihandelszone zwar die Zölle und Kontingente innerhalb der Mitgliedstaaten abgebaut werden, aber gegenüber der Außenwelt die nationalen Zolltarife und Handelsverträge erhalten bleiben, besteht die Gefahr, daß eine Verlagerung der Importströme nach dem Mitgliedsland stattfindet, das gegenüber der Außenwelt die niedrigsten Handelsbarrieren besitzt. Um eine solche Verlagerung der Handelsströme auszuschließen, wurde im Maudling-Ausschuß der OEEC, in dem die Beratungen über die Bildung der großeuropäischen Freihandelszone stattfanden, ein System von Ursprungszeugnissen vorgeschlagen. Danach sollten innerhalb der Freihandelszone nur solche Waren frei zirkulieren dürfen, die entweder in der Freihandelszone gewachsen und produziert wurden oder dort einen Wertzuwachs von 50 % erhalten oder einen Veredelungsprozeß durchlaufen haben, der in einer besonderen Liste im einzelnen näher bezeichnet ist. Alle Waren, die ein solches Ursprungszeugnis nicht besitzen, sollten von dem freien Warenverkehr innerhalb der Freihandelszone ausgeschlossen bleiben.

Die im Maudling-Ausschuß erarbeitete Konzeption zur Bildung der großeuropäischen Freihandelszone sah vor, daß sich der freie Markt nur auf Industriegüter erstrecken sollte. Die Ausklammerung der landwirtschaftlichen Produkte von dem freien Markt ging auf eine Forderung Englands zurück, das bei der Belieferung seiner landwirtschaftlichen Absatzmärkte den Commonwealth-Staaten die Vorzugsbedingungen zu erhalten wünschte, die seinerzeit in dem Ottawa-Abkommen vereinbart waren. England sieht in diesem Empirical-Präferenz-System eine bedeutende Klammer, die das Commonwealth zusammenhält.

Darüber hinaus aber wünschte England, sein nationales Agrarsystem (Deficiency Payments-System) aufrechtzuerhalten, das sich fundamental von den in den

europäischen Ländern entwickelten Agrarsystemen unterscheidet. In England konkurrieren die landwirtschaftlichen Erzeuger beim Absatz ihrer Produkte mit den Einfuhrgütern auf Weltmarktpreisbasis. Die Differenz zu den von der englischen Regierung festgesetzten Garantiepreisen wird den landwirtschaftlichen Betrieben später vom Staat ausgezahlt.

Außerdem kennt das englische Agrarsystem Verbrauchersubventionen. Da die englische Landwirtschaft den einheimischen Bedarf noch nicht zur Hälfte aus der eigenen Erzeugung decken kann, sind die erforderlichen finanziellen Aufwendungen in England für den Staatshaushalt noch tragbar. Das ist in anderen europäischen Staaten mit einer sehr viel höheren Selbstversorgung nicht der Fall. Das englische Agrarsystem kann daher trotz seiner vielen Vorzüge von den anderen europäischen Staaten nicht übernommen werden. Umgekehrt würde die Abkehr Englands von seinem System zu einer wesentlichen Verteuerung der dortigen Lebenshaltungskosten und damit zu einer Schwächung seiner Exportkraft führen. Es ist daher verständlich, daß England den Wunsch äußerte, im Interesse seines Commonwealths und seiner eigenen Agrarwirtschaft die Freihandelszone auf industrielle Güter zu beschränken und die Landwirtschaft auszuklammern.

Hiergegen mußten sich zwangsläufig die OEEC-Länder wehren, deren Außenhandelsstruktur einen starken Agrarexport aufweist. Diese Länder mußten ihren Beitritt zu einer industriellen Freihandelszone zwangsläufig davon abhängig machen, daß in irgendeiner Form das Problem der agrarischen Handelsströme gleichzeitig mit dem Abschluß der industriellen Freihandelszone befriedigend gelöst wurde. Die Bundesrepublik hat lange Zeit ihre guten Dienste zur Verfügung gestellt, um insbesondere die berechtigten Wünsche Dänemarks bei den Freihandelszonen-Verhandlungen zu unterstützen. Das schwierige Agrarproblem wurde schließlich in der Weise gelöst, daß neben dem Abkommen zur Errichtung der großeuropäischen Freihandelszone, oder — wie sie später genannt wurde — der europäischen Wirtschaftsassoziati on, ein besonderes landwirtschaftliches Assoziationsabkommen geschlossen werden sollte. In diesem landwirtschaftlichen Assoziationsabkommen sollten sich die bisherigen traditionellen Agrarimportländer verpflichten, ihre Agrarimporte aus den konventionellen Agrarexportländern aufrechtzuerhalten und diesen einen fairen Anteil an dem steigenden inländischen Verbrauch zu sichern.

Nachdem nach langwierigen Verhandlungen die beiden schwierigen Fragen des Systems der Ursprungszeugnisse und der Behandlung der Landwirtschaft gedanklich gelöst waren, schälte sich in immer stärkerem Maße ein englisch-französischer Gegensatz heraus, an dem die Verhandlungen Ende 1958 gescheitert sind. Frankreich vertrat die Auffassung, daß es in einer modernen Industriegesellschaft nicht genügt, Zölle und Kontingente abzubauen, um eine

Freihandelszone funktionsfähig zu machen, sondern daß die Harmonisierung der Sozialpolitik, der allgemeinen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik usw. ebenso wichtige Voraussetzungen für das Funktionieren eines freien Marktes sind. In dem englisch-französischen Gegensatz kamen schließlich auch die beiden fundamentalen Wesensunterschiede einer Freihandelszone und einer Zollunion bzw. einer Wirtschaftsunion zum Ausdruck.

Die EFTA

II

England ist nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Bildung der großeuropäischen Freihandelszone im Maudling-Ausschuß nicht untätig geblieben und hat zusammen mit den drei skandinavischen Staaten, Dänemark, Schweden und Norwegen, mit Österreich, der Schweiz und Portugal die kleineuropäische Freihandelsgemeinschaft (EFTA = European Free Trade Association) gebildet. Die Stockholmer Konvention über die EFTA trägt das Datum vom 4. April 1960. Wie seinerzeit im Freihandelszonen-Entwurf vorgeschlagen, beschränkt sich der freie Markt der EFTA auf Industriegüter, die von einem Ursprungszeugnis begleitet sind. Die Übergangszeit in der EFTA ist mit der in der EWG synchron geschaltet, um einen Brückenschlag zu erleichtern. Mit Ausnahme des Ministerrats und eines Sekretariats hat die EFTA keine supranationalen Organe. Die Mitgliedschaft kann gekündigt werden. Souveränitätsrechte werden nicht übertragen. Die Landwirtschaft ist ausdrücklich aus dem freien Markt ausgeklammert. In den Artikeln 21 bis 28 sind Richtlinien und Bestimmungen über land- und fischereiwirtschaftliche Erzeugnisse enthalten. Die Abgrenzung zwischen gewerblichen und landwirtschaftlichen Produkten erfolgt durch eine Anhangliste D, in der die land- und ernährungswirtschaftlichen Erzeugnisse aufgeführt sind, die nicht unter den EFTA-Vertrag fallen. Die Liste der landwirtschaftlichen Erzeugnisse deckt sich nicht ganz mit der Anhangliste II zu Art. 38 des EWG-Vertrages, sondern ist umfangreicher und umfaßt konsequenterweise auch die ernährungswirtschaftlichen Endprodukte im Bereich der Süßwaren- und Getreidewirtschaft, die im EWG-Vertrag unverständlicherweise zu den gewerblichen Erzeugnissen zählen. Dagegen wird Gefrierfisch, anders als im EWG-Vertrag, zu den gewerblichen Produkten gezählt. Das ist eine Konzession an Norwegen, das ohne eine Einbeziehung von Gefrierfisch in den freien Warenverkehr den EFTA-Vertrag nicht unterzeichnet hätte.

Die Ausweitung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen soll durch bilaterale Abkommen zwischen den EFTA-Partnern geregelt werden. Im Artikel 28 wird der Rat verpflichtet, eine Prüfung für den Handel mit Fischen vorzunehmen und diese Prüfung vor dem 1. Januar 1962 abzuschließen. Soweit inzwischen

bekanntgeworden ist, haben England und Dänemark ein derartiges bilaterales Abkommen gemäß Artikel 23 des EFTA-Vertrages geschlossen. Darin gewährt England seinem dänischen Partner Zollsenkungen für Frühstücksspeck, für Tubensahne und Blauschimmelkäse. Auch zwischen Dänemark und Schweden sind Vereinbarungen getroffen. Nach Pressemitteilungen laufen z. Z. Verhandlungen zwischen Dänemark und Norwegen.

Eine kritische Prüfung des EFTA-Vertrages zeigt ganz eindeutig, daß es sich bei der Stockholmer Konvention um einen rein kommerziellen Vertrag im Sinne der liberalen Wirtschaftsphilosophie des 19. Jahrhunderts handelt, dessen Funktionsfähigkeit in der Praxis erst erprobt werden muß, bevor ein abschließendes Urteil möglich ist.

Sicherlich wird eine befriedigende Klärung der agrarischen Handelsströme nach wie vor eine der Achillesfesen des EFTA-Vertrages bleiben. Das wird in dem Maße besonders deutlich werden, wie durch die fortschreitende Konsolidierung der EWG und EFTA eine Verlagerung der Handelsströme stattfindet.

Die EWG

III

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat gegenüber der Freihandelszone das Modell einer Zollunion gewählt, in der intern alle Zölle und Kontingente beseitigt werden und nach außen — anders als bei der EFTA — eine gemeinsame einheitliche Zollmauer errichtet wird. Der Rom-Vertrag zur Gründung der EWG schließt aber die bisherigen sechs Nationalstaaten in der Endphase sehr viel enger als nur zu einer Zollunion zusammen. Die EWG wird eine Wirtschaftsunion sein, die über die wirtschaftliche Integration der Staaten zur politischen Einheit Europas führen soll. Sie schafft eine supranationale Institution mit eigener Souveränität. Bei der Bedeutung, die die Landwirtschaft nicht nur aus ökonomischer Sicht, sondern insbesondere auch aus gesellschaftspolitischer Schau für das wirtschaftliche und staatliche Gefüge einer Nation hat, konnte sie aus dem Integrationsprozeß nicht ausgeklammert bleiben. Der EWG-Vertrag sieht daher die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Verschmelzungsprozeß vor. Da aber die historische Entwicklung, die agrarpolitischen Systeme und agrarökonomischen Verhältnisse in den sechs EWG-Staaten stark voneinander abweichen, bedurfte es sorgfältiger Sonderregelungen für den Verschmelzungsprozeß, die in den Artikeln 38 bis 47 des EWG-Vertrages enthalten sind. Für den Bereich der Landwirtschaft sollen in der Endstufe besondere institutionelle Einrichtungen und angemessene finanzielle und rechtliche Möglichkeiten geschaffen werden, um durch hoheitliche Intervention den Marktablauf zu beeinflussen und zu stabilisieren. Für die Übergangszeit sind in den landwirtschaftlichen Sonderbestimmungen Schutzmöglichkeiten

geschaffen, die in Form eines Mindestpreissystems, der Erhebung von Ausgleichsbeträgen und in Form langfristiger Lieferverträge eine behutsame Verschmelzung der Agrarmärkte ermöglichen sollen. Die EWG-Kommission hat gemäß Artikel 43 Vorschläge unterbreitet, wie sie die gemeinsamen Agrarmärkte in der Endphase zu organisieren und zu ordnen wünscht. Diese Vorschläge werden zweifellos in den kommenden Jahren die Diskussion um die Realisierung des EWG-Vertrages beherrschen. Es schälen sich Schwerpunkte heraus, deren Lösung für das Tempo der weiteren Integration bestimmende Bedeutung haben wird. Es handelt sich vornehmlich um folgende Probleme:

1. Organisationsform der europäischen Agrarmärkte
2. Regelung der Wettbewerbsverzerrungen mit Hilfe eines Abschöpfungssystems
3. die Preisfrage, insbesondere das Getreidepreinsniveau
4. Verkürzung der Übergangszeit
5. Präferenz der EWG-Partner im Gemeinsamen Markt

Die westdeutsche Landwirtschaft mißt der Angleichung der Wettbewerbsregeln und der Lösung der Preisfragen entscheidende Bedeutung bei. Ihre Wettbewerbssituation wird durch die Öffnung der Grenzen gegenüber den EWG-Partnern entscheidend verschärft. Bei dieser Situation ist es verständlich, daß die westdeutsche Landwirtschaft den Thesen europäischer Wirtschaftspolitiker skeptisch gegenübersteht, die einen Brückenschlag zwischen EWG und EFTA unter voller Aufrechterhaltung der EWG-Integration fordern. Sie fürchtet, daß ein solcher Brückenschlag vornehmlich zu Lasten der westdeutschen Landwirtschaft geht, wenn nicht sichergestellt bleibt, daß der englische Absatzmarkt und damit die gesamte Landwirtschaft in eine solche Freihandelszone einbezogen wird. Das scheint aber vorläufig noch für England eine undiskutable Angelegenheit zu sein.

Brückenbau EWG und EFTA

IV

In letzter Zeit sind eine Fülle von Vorschlägen für einen Brückenbau zwischen EWG und EFTA zur Diskussion gestellt worden, die im allgemeinen die ökonomischen Aspekte und Interessen überbetonen und die fundamentalen Wesensunterschiede zwischen dem EWG-Vertrag und der EFTA-Konvention übersehen und vernachlässigen.

Während die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft über den Bereich der wirtschaftlichen Integration hinaus den gemeinsamen Institutionen die Verantwortung der sozialen Anliegen der Partnerstaaten überträgt, beschränkt sich die EFTA auf das rein kommerzielle Problem des Zoll- und Kontingentabbaus. Ein echter Brückenschlag zwischen diesen beiden Gebilden, der diesen Namen

verdient — zwingt zwangsläufig entweder die EWG oder die EFTA zu einer Neuorientierung ihrer Zielsetzung bzw. zu einer Neuordnung ihres institutionellen Charakters.

Wenn man nun die in letzter Zeit zur Diskussion gestellten Vorschläge für einen Brückenschlag zwischen EWG und EFTA auf ihre Realisierbarkeit überprüft, so ist festzustellen, daß sie im allgemeinen die ökonomischen Aspekte überbetonen und die politische Problematik zu stark vernachlässigen. Zwar wünscht kein Lösungsvorschlag die Realisierung des EWG-Vertrages in Zweifel zu ziehen, aber der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß bei vielen Brückenbauern im Hintergrund eine derartig kleine „reservatio mentalis“ besteht.

Man kann drei Typen von Lösungsvorschlägen unterscheiden:

1. die EWG tritt der EFTA als Vollmitglied bei. Aus beiden Gruppen zusammen entsteht eine Freihandelszone. Praktisch ist dies Gebilde die Wiedererweckung der im Maudling-Ausschuß zu Grabe getragenen großeuropäischen Freihandelszone. Anhänger dieses Vorschlags ist der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Münchmeyer.
2. EWG und EFTA schließen sich zu einer Zollunion zusammen. Sie errichten also um sich herum eine gemeinsame Zollmauer. Damit wird das Problem des englischen Commonwealth akut. Den Commonwealth-Staaten sollen ihre Lieferströme durch die Einräumung zollbegünstigter Einfuhrkontingente gesichert werden. Dieser Vorschlag wird von dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, und seinem Hauptgeschäftsführer Beutler vertreten.
3. EWG und EFTA bilden für die Produkte, bei denen ihre gegenwärtigen Außentarife nicht stark voneinander abweichen, eine partielle Zollunion. Für die übrigen Produkte besteht praktisch das Bild einer partiellen Freihandelszone. Dabei soll versucht werden, diesen Bereich progressiv in das Modellbild der Zollunion dadurch einzugliedern, daß die unterschiedlichen nationalen Tarife progressiv angenähert werden. Die Landwirtschaft soll ausgeklammert bleiben, da von England unter keinen Umständen eine Zollunion unter Einbeziehung der Landwirtschaft akzeptiert würde. Dieser Vorschlag wird von Prof. Müller-Armack vertreten.

Um den USA und Kanada eine solche Lösung akzeptabel zu gestalten, sieht der Vorschlag von Prof. Müller-Armack vor, daß den beiden amerikanischen Ländern Zollkonzessionen gewährt werden. Im übrigen will Prof. Müller-Armack die von ihm vorgeschlagene Konstruktion GATT-konform gestalten. Das wird zwangsläufig dazu führen, daß die Außenregime sehr liberal und die Zölle niedrig sein müssen. Die Diskussion über den Brückenschlag zwischen EWG und EFTA hat einen solchen Hitzegrad erreicht, daß Bundesminister Erhard erstmalig von französischer Seite wegen eines Artikels in der Weihnachtsnummer vom

Handelsblatt massiv angegriffen wurde. Er hat sich in einem Artikel im Handelsblatt vom 17. Januar 1961 unter der Überschrift „Darf man über Europa sprechen?“ zur Wehr gesetzt.

Eine kritische und leidenschaftslose Beurteilung führt zwangsläufig in den Bereich der Außenpolitik. Aus der Sicht der westdeutschen Landwirtschaft war der EWG-Vertrag nur zumutbar, wenn die wirtschaftliche Integration als eine Vor- und Durchgangsstufe für eine höhere staatliche Ordnung betrachtet werden kann. Ist sie das nicht und bleibt sie nur ein ökonomisches Gebilde, dann wäre sie in der Tat eine Spaltung der europäischen Zusammenarbeit und eine überflüssige Erschwerung der agrarwirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik. Steht aber beim EWG-Vertrag die außenpolitische Zielsetzung im Vordergrund — das werden die politischen Gespräche in absehbarer Zeit hoffentlich zeigen —, dann muß der EWG-Vertrag erfüllt werden. Das führt aber zwangsläufig zu einer gewissen Veränderung der europäischen Handelsströme. Das bedeutet aber nicht, daß man nicht durch gezielte Zollkonzessionen unter voller Beachtung der multilateralen GATT-Vorschriften die bestehenden innereuropäischen Handelsströme soweit wie möglich begünstigen und aufrechterhalten sollte. Eine solche gezielte Aufrechterhaltung und Förderung des Handelsverkehrs der EWG mit den europäischen Ländern wäre das, was Hallstein unter pragmatischer Lösung versteht, gleich, wie die endgültige Globallösung aussehen wird. Da aber in der Zwischenzeit die Landwirtschaft und die gewerbliche Wirtschaft sich bei ihren Entscheidungen auf die künftige Entwicklung einstellen müssen, ist es nicht länger tragbar, daß über eine solch kardinale und fundamentale Linie der künftigen europäischen Integration keine absolute Klarheit herrscht.

Der Handelsverkehr zwischen Dänemark und Deutschland

1

Für die dänische Wirtschaft ist der Außenhandel von größter Bedeutung. Wir exportieren etwa ein Drittel unserer Gesamtproduktion und bezahlen damit für die Einfuhr, die ungefähr ein Drittel des Gesamtverbrauches ausmacht. Dänemark ist somit mehr vom Außenhandel abhängig als die meisten anderen Länder der Welt. Etwa 80 % unserer Gesamtausfuhr gehen in die anderen europäischen Länder — 75 % nach West- und 5 % nach Osteuropa. 10 % gehen nach Nordamerika und 10 % nach Südamerika, Asien und Afrika.

Die Bundesrepublik Deutschland und England sind unsere größten Kunden und nehmen insgesamt fast die Hälfte unserer Gesamtausfuhr ab.

2

Von alters her haben zwischen Dänemark und Deutschland enge Handelsbeziehungen bestanden. Ein sichtbares Zeugnis davon ist der Ochsenweg, der die jütländische Halbinsel von Norden nach Süden durchschneidet und worauf Jahrhunderte hindurch jütländische Viehherden zu den Märkten in Schleswig und Holstein gewandert sind.

Man kann wohl sagen, daß der dänische Handel mit der Umwelt Jahrhunderte hindurch dasselbe war wie Handel mit Deutschland. Das war der Fall in der Hansezeit, die ja tatsächlich im speziellen dänisch-deutschen Handel Ausdruck eines kräftigen Aufblühens des Handelsverkehrs und der wirtschaftlichen Beziehungen im übrigen war. Viele Jahre war ja Hamburg eine wichtige Vermittlungsstelle für Dänemarks Handel mit der Umwelt.

Der Ochsenweg wird nicht mehr benutzt, aber das uralte Handelsmuster besteht eigentlich in einem erstaunlichen Umfange noch heute — auf dem Austausch dänischer Agrarprodukte gegen deutsche Industriewaren aufgebaut. Die Entwicklung der letzten Jahre hat es aber mit sich gebracht, daß die Warenauswahl im Handelsverkehr größer geworden ist, so daß Dänemark auch in steigendem Maße Waren des gewerblichen Sektors nach Deutschland exportiert.

Wirtschaftlicher Hintergrund dieser traditionellen Handelsstruktur sind natürlich die gegebenen wirtschaftsgeographischen Bedingungen. Als ein an Rohstoffen armes Land ist Dänemark in hohem Grade auf die Landwirtschaft als Hauptnahrungszweig und Hauptexportgewerbe angewiesen gewesen, während

das bedeutend größere und von seiten der Natur bedeutend reicher ausgestattete Deutschland ganz andere Möglichkeiten gehabt hat, ein reich differenziertes Wirtschaftsleben zu entwickeln, nicht zum mindesten in den Stadtgewerben.

Die moderne Entwicklung, die mit der industriellen Revolution zum Beginn des vorigen Jahrhunderts ihren Anfang nahm, brachte zunächst keine Veränderungen in diesem Handelsverkehrsmuster. Für Deutschland bedeutete die Industrialisierung das Entstehen einer sehr großen und sehr effektiven Industrieproduktion, und Deutschland wurde ein großer Exporteur von Industriewaren. Im Laufe der Jahre ist Deutschland einer der wichtigsten Lieferanten Dänemarks für industrielle Erzeugnisse so gut wie jeder Art geworden.

—

In Dänemark ging gleichzeitig eine umfassende Rationalisierung und Leistungssteigerung der dänischen landwirtschaftlichen Produktion vor sich, die in immer höherem Maße auf Produktion für den Export gerichtet war. Das Entstehen der großen Industriebevölkerungen in den Städten in Deutschland und England ergab natürliche Märkte für diese dänische Landwirtschaftsproduktion.

Seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts ist daher ein stetiger und starker Anstieg im dänisch-deutschen Handelsverkehr zu verzeichnen, der mit einem starken Anstieg im dänischen Import aus Deutschland seinen Anfang nahm und allmählich vom wachsenden dänischen Export nach Deutschland ausgeglichen wurde. Diese Entwicklung wurde mit gewissen, durch die besonderen Verhältnisse während des ersten Weltkrieges und unmittelbar danach bedingten Unterbrechungen fortgesetzt, bis die Weltkrise der dreißiger Jahre einsetzte. Diese Krise bewirkte ein gewisses Einschrumpfen des Handels zwischen Deutschland und Dänemark, wie auch die Kriegsverhältnisse und auch die besonderen Zustände in den Jahren nach dem letzten Weltkrieg bedeutende Störungen mit sich führten.

3

Seit 1950 ist der Handelsverkehr zwischen Dänemark und Deutschland indessen durch eine so gut wie ununterbrochene Fortschrittslinie gekennzeichnet, und man kann ruhig sagen, daß der Handel heute blüht wie nie zuvor. Der Wert des deutschen Exports nach Dänemark ist in diesen zehn Jahren vier- bis fünfmal so groß geworden. Der Anstieg des Wertes des dänischen Exports nach Deutschland ist geringer gewesen und ist nur auf das zwei- bis dreifache gestiegen.

Obwohl die Grundzüge im dänisch-deutschen Handelsverkehr im Laufe der Jahrhunderte in einem erstaunlichen Grade unverändert geblieben sind, haben wir jedoch während der letzten Jahre eine gewisse Änderung in der Struktur des dänischen Exports nach Deutschland gesehen, indem sich ein sehr bedeutender dänischer Industrieexport nach Deutschland entwickelt hat. Dies ist auf die sehr

bedeutende Industrieproduktion zurückzuführen, die sich in Dänemark im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Fortschritt des Landes entwickelte. Die industrielle Entwicklung in Dänemark setzte tatsächlich schon Ende des vorigen Jahrhunderts ein — mit dem Ausgangspunkt in Dänemarks zwei traditionellen Gewerben, der Schifffahrt und der Landwirtschaft — woraus sich teils eine große Schiffsbauindustrie mit daraus folgender Maschinenindustrie, teils eine Landmaschinenindustrie — ja, eigentlich eine Landwirtschaftsindustrie in weitestem Sinne durch eine industrielle Bearbeitung von Lebensmitteln — entwickelt hat. Besonders die Krisenjahre in den Dreißigern haben der Entwicklung der dänischen Industrie einen starken Antrieb gegeben. Diese Entwicklung hat sich in steigendem Tempo in den Nachkriegsjahren fortgesetzt, u. a. durch den weiteren Fortschritt in der Mechanisierung der Landwirtschaft, wodurch Arbeitskraft für die Industrie frei gemacht wurde, so daß Dänemark heute über eine bedeutende Industrieproduktion verfügt, die weitgehend im Hinblick auf den Export eingerichtet ist. 30 % des Nationalproduktes kommen heute von der Industrie, wogegen nur etwa 20 % aus der Landwirtschaft stammen. Daß die Industrie auf Export eingestellt ist, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß unsere größte Industrie, die Eisen- und Metallindustrie, über ein Drittel ihrer Produktion exportiert.

Bei der enormen wirtschaftlichen Entwicklung, die die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg sowohl in der Bundesrepublik als auch in Dänemark gekennzeichnet hat, besteht aller Grund, anzunehmen, daß sich die Entwicklung im Handelsverkehr zum gegenseitigen Vorteil der beiden Länder in einem raschen Tempo fortsetzen wird und daß immer mehr Warengebiete in diesen Handelsverkehr einbezogen werden. In diesem Zusammenhang ist es jedoch wichtig, darauf zu verweisen, daß es eine notwendige Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist, daß es gelingen wird, eine Lösung der europäischen Marktprobleme zu finden.

4

Bevor ich auf die Bedeutung dieser Probleme für den dänisch-deutschen Handelsverkehr eingehe, möchte ich jedoch gern einige konkrete Auskünfte über den aktuellen Handelsverkehr geben.

Betrachten wir zunächst den Export der Bundesrepublik nach Dänemark, so besteht Anlaß, besonders hervorzuheben, daß die Bundesrepublik Dänemarks größter Lieferant geworden ist und daß deutsche Industriewaren auf vielen Gebieten eine sehr dominierende Stellung auf dem dänischen Markt erreicht haben.

Der deutsche Export nach Dänemark kam im Jahre 1959 auf 3,5 % des Gesamtexports der Bundesrepublik (1450 Mill. DM). Diese Zahl erscheint vielleicht

nicht unmittelbar imponierend, muß aber mit der Einwohnerzahl Dänemarks gemessen werden. Berechnet man den Import je Einwohner, gehört Dänemark mit einem Import von 320 DM je Einwohner zu den größten Kunden der Bundesrepublik und wird nur von der Schweiz und den Niederlanden übertroffen. Betrachten wir Deutschlands Handel mit den nordischen Ländern als Ganzes, dann nehmen Dänemark, Norwegen und Schweden zusammen etwa ein Achtel des Gesamtexportes ab oder 1 Milliarde DM mehr als Deutschlands größter Kunde, die USA.

Die wichtigsten deutschen Exportwaren nach Dänemark entfallen auf die Gruppen: Brennstoff, chemische Rohstoffe und Chemikalien, Dünger, Textilien, Glas und Porzellan, Metalle und Metallwaren, Maschinen und Instrumente und schließlich Kraftwagen. Was die letzteren betrifft, kann ich sagen, daß Deutschland der größte einzelne Autolieferant Dänemarks ist.

Nach den vorliegenden Berechnungen des dänisch-deutschen Handelsverkehrs im Jahre 1960 ist der deutsche Export nach Dänemark in diesem Jahre schätzungsweise um etwa 25 % im Verhältnis zum Jahre 1959 gestiegen. Über ein Viertel der Steigerung entfällt auf Kraftwagen, während die größten Steigerungen im übrigen auf Metalle, Maschinen, Brennstoffe und Chemikalien entfallen.

Wenden wir uns danach dem dänischen Export nach Deutschland zu, möchte ich zunächst die große Bedeutung des deutschen Marktes für Dänemarks gesamten Außenhandel und damit für das wirtschaftliche Gedeihen des ganzen Landes hervorheben, weil, wie gesagt, der Außenhandel für Dänemark eine entscheidende Rolle für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes spielt.

Nicht weniger als ein Fünftel von Dänemarks Gesamtexport geht nach Deutschland, und nach England ist Deutschland unser bedeutendster Exportmarkt. Zusammen stellen diese beiden Märkte das Absatzgebiet für beinahe die Hälfte des dänischen Exportes dar.

Wie gesagt, besteht der größte Teil — 75 % — des dänischen Exportes nach Deutschland aus landwirtschaftlichen Gütern. Die wichtigste Einzelware ist Schlachtvieh, wovon die Bundesrepublik 90 % unseres Exportes abnimmt. Was lebende Schweine betrifft, geht der gesamte dänische Export nach Deutschland. Auch für Eier, Käse und Geflügel ist die Bundesrepublik unser Hauptmarkt.

Indessen möchte ich gern betonen, daß der Import der Bundesrepublik aus Dänemark von diesen Waren tatsächlich nur einen kleinen Teil der gesamten Versorgung der deutschen Bevölkerung umfaßt. Was Rindfleisch und Schweinefleisch betrifft, betragen die dänischen Lieferungen nicht mehr als etwa 7 bis 8% bzw. 2% der gesamten deutschen Versorgung; was die Versorgung mit Käse betrifft, deckt der Anteil Dänemarks etwa 15%; bei Eiern ist Dänemarks Anteil 9 bis 10%. Die Anteile an sich sind also nur klein im Vergleich zu den

Lieferungen der deutschen Landwirtschaft. Von einem deutschen Verbrauchergesichtspunkt aus besteht jedoch kein Zweifel daran, daß dieser marginale Import eine bedeutende Rolle als Regler des deutschen Lebensmittelpreisniveaus spielt. In Knappheitsperioden ist es für das Preisniveau in Deutschland von großer Bedeutung, Zusatzlieferungen aus Dänemark beziehen zu können.

Was die dänischen Industriegüter betrifft, stellt Deutschland, nachdem im Laufe der letzten vier Jahre eine Verdoppelung des Absatzes nach Deutschland stattgefunden hat, heute Dänemarks wichtigsten Exportmarkt dar. Es ist über jeden Zweifel erhaben, daß die wirtschaftliche Entwicklung große Möglichkeiten für einen weiteren Anstieg in den Absatzmöglichkeiten Dänemarks von einer langen Reihe Industriewaren in Deutschland enthält. Der hohe Industrialisierungsgrad der beiden Länder ermöglicht einen weitgehenden Austausch von Industrieprodukten. Die dänische Industrie hat sich auf eine Reihe von Spezial- und Qualitätsprodukten konzentriert. Das ist notwendig gewesen, um überhaupt auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können, und das ist ja auch der Sinn der internationalen Arbeitsteilung. Als typischen Ausdruck dieser Entwicklung kann ich die dänische Firma Danfoss auf Alsen nennen, deren Kühllautomatik in vielen Kühlschränken in Deutschland vorhanden ist. Und man könnte noch viele andere entsprechende Beispiele nennen.

Dänemarks Export in die Bundesrepublik hielt sich im Jahre 1960 im Verhältnis zu dem gleichen Zeitraum des Vorjahres unverändert. Soweit die landwirtschaftlichen Erzeugnisse betroffen sind, wurde Senkungen in der Ausfuhr von Schlachtrindern, Eiern und Gerste nur teilweise durch einen erhöhten Export an Geflügel entgegengewirkt. Insoweit Industriegüter betroffen sind, zeigte der Export generell einen Anstieg. Besonders besteht Anlaß, den Export an Maschinen und Instrumenten, Textilien und Möbeln zu erwähnen.

5

Ich möchte mich jetzt mit dem sogenannten institutionellen Rahmen im Handelsverkehr zwischen Dänemark und Deutschland beschäftigen und den Problemen, die auf diesem Gebiet bestehen.

Seit 1950 ist der dänisch-deutsche Handelsverkehr durch Handelsabkommen geregelt worden, für die jedesmal für die Dauer eines Kalenderjahres besondere Exportkontingente für die einzelnen Waren, deren Einfuhr in den Ländern quantitativ geregelt — d. h. nicht liberalisiert — war, vereinbart wurden. Durch die Teilnahme beider Länder an der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeitsorganisation, der OEEC, ist der Handel indessen allmählich liberalisiert und dadurch den kontingentmäßigen Verpflichtungen der Handelsabkommen entzogen. Heute — zwölf Jahre nach dem Beginn der OEEC-

Zusammenarbeit — ist tatsächlich fast der gesamte Handelsverkehr mit Industriewaren zwischen Dänemark und Deutschland liberalisiert, und die Kontingente des geltenden Abkommens umfassen deshalb fast nur Landwirtschaftsgüter. Obwohl man dänischerseits entschieden vorgezogen haben würde, daß die europäische Liberalisierung auch den Landwirtschaftssektor umfaßt hätte, muß man zugeben, daß die Bundesrepublik trotz diesem Verhältnis in den vergangenen Jahren Dänemark ein guter Kunde auf dem Gebiet des Agrarexports gewesen ist, obwohl es der Bundesregierung nicht möglich gewesen ist, die Liberalisierung auf unsere wichtigsten Landwirtschaftsgüter auszudehnen. Die wichtigsten kontingierten dänischen Landwirtschaftsgüter in Deutschland sind Rinder, Schweine und Braugerste, welche insgesamt ein Drittel des gesamten dänischen Exports an die Bundesrepublik ausmachen.

Nun ist es ja nicht mehr die OEEC-Zusammenarbeit, die vor allem die Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Ländern bildet. So wurde Anfang der fünfziger Jahre die Zusammenarbeit der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes eingeleitet, und im März 1957 wurde der Rom-Vertrag unterschrieben. Die sechs Länder des Gemeinsamen Marktes haben dadurch den Rahmen einer Zusammenarbeit geschaffen, die bedeutend umfassender und enger ist als die im Rahmen der OEEC.

Die weitere Entwicklung ist allgemein bekannt. Nach dem Scheitern dieser Besprechungen über eine große Freihandelszone, die alle westeuropäischen Länder umfassen sollte, wurde die äußere Freihandelszone der Sieben, die sogenannte EFTA, gebildet. Diese Gruppe umfaßt England, die Schweiz, Portugal und die drei nordischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden. Finnland wird sich wahrscheinlich bald mit dieser Gruppe assoziieren.

Die europäischen Marktbildungen — diese Zweiteilung Europas — ergeben eine parallele Problemstellung für Dänemark und Deutschland. Die beiden Länder haben jeder gleich große Exportinteressen in jedem der beiden Gebiete. Für Dänemark gilt somit, daß mehr als 75 % des gesamten dänischen Exports nach den westeuropäischen Ländern gehen. Davon entfällt fast die Hälfte auf jede der Ländergruppen der Sechs und der Sieben.

Obwohl der Außenhandel in der deutschen Wirtschaft eine verhältnismäßig kleinere Rolle spielt, ist das Verhältnis in hohem Grade dasselbe für die Bundesrepublik. Auch Deutschlands traditionellen Exportinteressen sind ziemlich gleichmäßig zwischen den Ländern der EWG und denen der EFTA verteilt, und deshalb ist es auch für die Bundesrepublik von größter Bedeutung, eine breite europäische Lösung der Marktprobleme zu finden. Ein wesentlicher Teil des deutschen Exports wird auch durch die Aufteilung in verschiedene Marktgruppierungen bedroht. Der Export der Bundesrepublik nach den übrigen Ländern des Gemeinsamen Marktes und nach den EFTA-Ländern ist wohl gleich

groß, nämlich 30 % des deutschen Gesamtexportes an jede Gruppe, aber je Einwohner berechnet liegt der Import der EFTA-Länder von deutschen Waren um ein Drittel höher als der der EWG-Länder.

Diese Verhältnisse sind der klare Grund dafür, daß sowohl die Bundesregierung als auch die dänische Regierung ständig sehr energische Bestrebungen entfalten, um eine europäische Gesamtlösung der Marktprobleme herbeizuführen. Wie bekannt, haben diese Bestrebungen noch nicht zu dem gewünschten Resultat geführt.

Ich möchte gern hinzufügen, daß es für Dänemark sehr schwierig gewesen ist, zu wählen, ob man sich der EFTA oder der EWG anschließen sollte. Viele Argumente für und wider sind angeführt worden. Meiner persönlichen Ansicht nach haben folgende Argumente die größte Bedeutung gehabt:

Für die internen dänischen Erwägungen mußte es eine ausschlaggebende Rolle spielen, daß sehr große Unterschiede im Grade der Selbstversorgung mit den für Dänemark wichtigsten Landwirtschaftsgütern zwischen den beiden Marktgebieten bestehen. Während die dänischen Exportmöglichkeiten von Bacon und Butter nach England auf Grund des niedrigen Selbstversorgungsgrades dieses Landes mit diesen Gütern eine relativ große Stabilität aufweisen, hat der dänische Agrarexport in die Länder des Gemeinsamen Markts auf eine ganz andere Art den Charakter der Ausfüllung eines Ergänzungsbedarfes, da diese Länder selbst ungefähr 90 bis 95% ihrer Versorgung mit den betreffenden Waren produzieren. Man hat auch angeführt, daß ein dänischer Anschluß an die EWG auf Grund des höheren Getreidepreises in diesem Gebiet die Konkurrenzfähigkeit der dänischen Landwirtschaft besonders auf dem britischen Markt ernstlich in Gefahr bringen würde. Bei einem Anschluß an die EWG würde Dänemark, das niedrige Zollsätze hat, sich auch dem Problem gegenübergestellt sehen, sein Zollniveau bedeutend erhöhen zu müssen.

Diese Verhältnisse und der Umstand, daß unsere nordischen Nachbarländer Norwegen und Schweden entschlossen waren, sich der EFTA anzuschließen, mußten für die dänischen Erwägungen von großer Bedeutung sein. Die Entscheidung wurde jedoch erst getroffen, nachdem die dänische Regierung mit der Bundesregierung verhandelt und sichergestellt hatte, daß die Bundesregierung für Dänemarks Schwierigkeiten Verständnis hatte und zusagte, daß Dänemarks Anschluß an die EFTA den dänischen Export in die Bundesrepublik nicht geringer stellen würde. In diesem Zusammenhang spielte es für die beiden Regierungen eine große Rolle, daß man der Ansicht war, daß die Bildung der EFTA unter den vorliegenden Umständen der beste Weg wäre, die größere europäische Lösung herbeizuführen. Dieser Gesichtspunkt hat auch seinen klaren Ausdruck — in hohem Grade auf dänische Veranlassung — in der Ausformung der Stockholm-Konvention über die Bildung der EFTA gefunden.

So hat man in der EFTA deshalb den Ursprungsregeln eine liberale Abfassung gegeben, daß die Handelsströme von den Marktbildungen möglichst wenig beeinflußt werden sollten. Bei den durch den EFTA-Vertrag notwendig gewordenen Änderungen des dänischen Importregulierungssystems hat man sich in Dänemark weiter bestrebt, in möglichst weitem Umfang eine Diskriminierung zu vermeiden, und die Erweiterung der dänischen Liberalisierung ist den EFTA- und den EWG-Ländern gegenüber einheitlich vorgenommen worden. Das heißt, daß die Einfuhrmöglichkeiten von den EFTA-Ländern und von den EWG-Ländern immer noch gleich und damit auch für deutsche Waren wesentlich erweitert sind. Schließlich sind die Exportinteressen der deutschen Industrie bei der kürzlichen Revision des dänischen Zolltarifs in weitem Umfang berücksichtigt worden. Beispielsweise wurde der Importzoll für Personenkraftwagen von 14% auf 12% ermäßigt, und für gewisse Verbrauchswaren — zum Beispiel für Fotoapparate — wurde Zollfreiheit eingeführt.

Schließlich möchte ich erwähnen, daß es für Dänemark unmöglich gewesen wäre, außerhalb jeder Marktbildung zu stehen. Wir müssen notwendigerweise mitmachen, um in der europäischen Arbeitsteilung unseren Platz zu finden.

6

Wir befinden uns jetzt in der Situation, daß die EWG bzw. die EFTA vollendete Tatsachen sind und daß die Unterschiedsbehandlung zwischen den beiden Gebieten in vollem Gange ist. Diese Unterschiedsbehandlung ist nicht zuletzt durch die Beschleunigung der Etablierung des gemeinsamen Zolltarifes zum 1. Januar 1961, die bedeutende Zollerhöhungen für dänische Waren in Deutschland mit sich geführt hat, betont. Ab 1. Januar sind die deutschen Zollsätze für eine Reihe von Industriewaren von Dänemark mit 25 % bis 50 % gestiegen und zur selben Zeit den andern EWG-Ländern gegenüber herabgesetzt. Die Unterschiedsbehandlung hat also nun wirklich begonnen. Die Einführung des gemeinsamen Tarifs ist gleichbedeutend mit erheblichen Erhöhungen des deutschen Zolltarifs Dänemark gegenüber, und zur selben Zeit wird der Tarif den andern EWG-Ländern gegenüber abgebaut. Das dänische Zollniveau, das traditionell niedrig ist, wird dritten Ländern gegenüber nicht erhöht und nur gegenüber unseren Partnern in der EFTA abgebaut. Da das Niveau niedrig ist, bedeutet das doch eine kleinere Unterschiedsbehandlung für deutsche Waren in Dänemark als — unter dem hohen gemeinsamen Tarif — für dänische Waren in Deutschland. Dies ist jedoch nicht der einzige Punkt, wo Dänemarks Export in die Bundesrepublik von der handelspolitischen Entwicklung in Europa bedroht ist. Während die deutsche Ausfuhr nach Dänemark nicht mit anderen Handelsschranken belegt ist als mit Zoll, werden Dänemarks Hauptexportwaren, die Landwirtschaftsgüter, einer doppelten Unterschiedsbehandlung unterworfen,

und zwar sowohl auf dem Zollgebiet als auch durch die besondere Landwirtschaftspolitik der EWG-Länder.

Die bisher erschienenen Nachrichten über die Pläne zu der gemeinsamen Landwirtschaftsordnung haben bei uns Besorgnis erregt. Wir befürchten, daß die Durchführung der Pläne in ihrer jetzigen Form die Aufrechterhaltung des dänischen Landwirtschaftsexportes nach Deutschland auf lange Sicht erschweren wird. Dies würde in Wirklichkeit die alte Komplementarität im Wirtschaftsleben unserer beiden Länder berühren und es außerdem notwendigerweise auch auf die Dauer für Dänemark schwieriger machen, den Import aus der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten, weil jeder Außenhandel letzten Endes auf einem gegenseitigen Austausch von Waren beruht. Es ist ja klar, daß, um so mehr Handelsschranken der eine Marktblock dem anderen gegenüber aufbaut, je größer ist die Tendenz, daß der Handel *innerhalb* der Marktblöcke steigt. Falls wir unsere Landwirtschaftsprodukte nicht mehr an die Bundesrepublik verkaufen können, müssen wir versuchen, sie an andere Länder zu verkaufen — was mit sich führen könnte, daß wir auch mehr Waren von ihnen kaufen — d. h., daß wir unsere Einkäufe von Deutschland auf diese Länder umlegen müßten.

7

Eine solche Entwicklung wäre nicht besonders erfreulich. Es ist natürlich im Interesse beider Länder, den Handel aufrechtzuerhalten und auszubauen trotz der Schwierigkeiten, die der Anschluß der beiden Länder an die EWG bzw. die EFTA für die Erreichung dieses Zieles bildet. Im Licht dieser Schwierigkeiten gesehen, hat man dänischerseits freudig begrüßt, daß es im Herbst 1960 gelang, Einigkeit zwischen Dänemark und der Bundesrepublik über die Verlängerung des dreijährigen dänisch-deutschen Handelsabkommens bis Ende 1965 zu erreichen. Diese Verlängerung löst nicht alle Probleme, ist aber doch ein wichtiger Schritt auf dem Wege, eine Fortsetzung der günstigen Entwicklung in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland zu sichern, und ich bin der Überzeugung, daß man dies als Ausdruck eines starken Wunsches sowohl von seiten der Bundesregierung als von seiten der dänischen Regierung werten darf, den Handelsverkehr zwischen Dänemark und Deutschland aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen und auch, in einem größeren Zusammenhang gesehen, die unglückliche Spaltung Europas in zwei Blöcke zu verhindern, mit all den unglücklichen Perspektiven — auch politisch gesehen — die eine solche Entwicklung in sich trägt. Auch der Vorschlag, einen klassischen Handels- und Freundschaftsvertrag zwischen Dänemark und der Bundesrepublik abzuschließen, ist als Ausdruck des heute in beiden Ländern vorhandenen Willens anzusehen, eine Weiterführung des Handelsverkehrs zu sichern.

Es besteht also kein Zweifel daran, daß beide Regierungen ihre Bestrebungen zu

einer Herbeiführung der europäischen Gesamtlösung, die auf die Dauer den bestmöglichen Rahmen um den dänisch-deutschen Handelsverkehr bilden wird, fortsetzen werden. Der Einsatz der deutschen Küstenländer ist in dieser Verbindung von größter Bedeutung, und wir haben von dänischer Seite mit Freude die Tätigkeit bemerkt, die leitende Persönlichkeiten in diesem Rahmen entfaltet haben, um eine Brücke zwischen den beiden Blöcken zu schaffen. Mein Wunsch ist, daß 1961 uns die Brücke geben werde.

Frankreich — Europa / England — Europa Europäische Modelle

Es ist sicher verständlich, wenn die Teilnehmer der Tagung „*Sechs + Sieben = Eins*“ den Beiträgen der ausländischen Referenten mit besonderer Spannung entgegensahen. Hier war die Möglichkeit gegeben, auf viele ungeklärte Fragen eine Antwort zu erhalten und Mißverständnisse zu beseitigen.

Frankreich und Europa

Unter diesem Gesichtspunkt war der Vortrag von *M. Gudin de Pavillon* über „Frankreich und Europa“ von besonderer Bedeutung, da ja innerhalb der deutschen Öffentlichkeit Unsicherheit im Hinblick auf die Beurteilung der Haltung Frankreichs und seines Präsidenten de Gaulle besteht. Der Referent war sich offensichtlich über diese Einstellung im klaren und versuchte unter Hinweis auf die historische Entwicklung Frankreichs, insbesondere in der Zeit nach 1945, Verständnis zu finden für die französische Haltung. So wies er darauf hin, daß ein Drittel der industriellen Anlagen und ein ebenso hoher Prozentsatz der Wohnungen in Frankreich zerstört waren, daß der Ausfall von zwei Millionen Männern in deutscher Gefangenschaft über einen Zeitraum von fünf Jahren eine schwere wirtschaftliche Belastung darstellte und daß vielleicht das entscheidende Problem die Spaltung des Landes in zwei Richtungen war, nämlich in die Anhänger de Gaulles auf der einen Seite und die des Marschalls Pétain auf der anderen.

So ergaben sich für Frankreich nach 1945 zwei mögliche Wege für den Wiederaufbau: entweder der Aufbau im Rahmen einer freien Wirtschaft oder ein solcher mit Hilfe von Notstandsgesetzen. Frankreich entschied sich für den zweiten Weg, da es ihm zunächst darauf ankam, die Stabilisierung der Währung und den Ausgleich der Handelsbilanz zu erreichen. Erst mit der Regierungsübernahme durch de Gaulle im Mai 1958 wurde der Erfolg dieses zweiten Weges deutlich — äußerlich sichtbar durch die Einführung des neuen Franks, die mit dazu beitrug, auch die Finanzen Frankreichs in Ordnung zu bringen.

Schon in diesen Ausführungen konnte der Referent ein bei den Teilnehmern vorhandenes Vorurteil beseitigen, indem er darauf hinwies, daß trotz des häufigen Regierungswechsels nach 1945 eine gerade Linie der Entwicklung in Frankreich bis zum heutigen Tage hin erkennbar sei.

Der von Robert Schuman gewiesene Weg der Integration Europas stieß zuerst in Frankreich auf erhebliche Widerstände, insbesondere bei der französischen Industrie, da diese der Meinung war, der Konkurrenz innerhalb einer europäischen Wirtschaft nicht gewachsen zu sein. Diese Haltung wiederum ist nur aus der historischen Entwicklung zu erklären, da den französischen Industriellen die Freude am Risiko verlorengegangen war, weil sie in der zurückliegenden Zeit ständig Protektionen und Subventionen verlangt und diese auch erhalten hatten. So erschien der Beitritt in eine größere Wirtschaftsgemeinschaft als ein gewagtes Unternehmen, dessen Ausgang um so unsicherer war, als man durch die Kriegsfolgen nicht über ausreichende Devisen verfügte.

Die wenigen Jahre seit dem Inkrafttreten des EWG-Vertrages (1957) hätten aber dahin geführt, daß — so meinte der Redner — die französische Industrie stärker als die deutsche heute für eine Weiterführung dieser Integration einträte, weil dieses erste Experiment gelungen sei.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen setzte sich der Referent mit der Haltung des Präsidenten de Gaulle auseinander und versuchte deutlich zu machen, daß de Gaulle seit dem Oktober 1945 bis zum heutigen Tage das Ziel der Idee eines geeinten Europas verfolge und auch weiter verfolgen werde.

Hierzu wurde ausgeführt, daß das bisher Erreichte relativ leicht gewesen sei, daß nun aber die eigentliche Schwierigkeit erst folgen werde, und zwar auf dem Gebiet der Harmonisierung, besonders im Bereich der Sozialpolitik. Die entscheidende Forderung, die heute zu erfüllen sei, sei die Koordinierung der Außenpolitik, eine Forderung, bei der wir uns heute erst im Stadium der Vorbesprechungen befänden.

Der Referent griff dann die de Gaullesche These des „Europas der Vaterländer“ auf, eine These, die seiner Meinung nach durch eine falsche Interpretation der deutschen Presse dazu geführt habe, das, was damit gemeint sei, zu verwischen. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß die deutsche Presse viel mehr die Reden ausländischer Politiker im Wortlaut wiederzugeben hätte, statt dem deutschen Leser den Inhalt dieser Reden nur durch einen Kommentar zu übermitteln. Durch dieses Verfahren seien auch die Mißverständnisse aufgetreten. Nach französischer Auffassung beinhaltet der Begriff „Vaterland“ den Begriff „Staat“ in unserem Sinne, so daß die de Gaullesche These nichts weiter aussage, als daß dieses Europa nicht ein Schmelztiegel seiner Völker sein solle, sondern ein Europa, in dem die Staaten bei aller Integration ihre Eigenständigkeit behielten. Da eine Anzahl der Teilnehmer dieser Tagung aus der Landwirtschaft stammte und der Referent selbst Gutsbesitzer in Frankreich ist, lag es nahe, in der Diskussion insbesondere die Fragen der Landwirtschaftspolitik in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei war die Feststellung interessant, daß die französische Landwirtschaft im Gegensatz zur deutschen keineswegs Bedenken gegen die

Bildung eines gemeinsamen Marktes habe — eine Tatsache, die darauf zurückzuführen sei, daß die Voraussetzungen, besonders im Hinblick auf die Bodenqualitäten, für den französischen Bauern wesentlich günstiger seien, er aber auf dem Gebiet der Mechanisierung und Rationalisierung keineswegs größere Fortschritte aufzuweisen habe, als das in der deutschen Landwirtschaft, auch der Schleswig-Holsteins, der Fall sei.

*

Der Kgl. Britische Generalkonsul in Hamburg, *Mr. King*, sprach zu der Frage: *Wie steht England zu Europa?*

Auch dieses Referat wurde mit besonderer Spannung erwartet, da bei vielen Teilnehmern die Auffassung bestand, daß England die Ursache für die Bildung der EFTA sei.

Hier interessierte nun in erster Linie die Frage, welche Gründe England veranlaßt haben, der EWG nicht beizutreten. Zwei Gründe sind es im wesentlichen, die nach Auffassung des Referenten England eine Teilnahme an der EWG unmöglich machen:

1. Englands Verhältnis zum Commonwealth,
2. die Abneigung gegen die Aufgabe von Souveränitätsrechten.

Mr. King betonte die enge Wirtschaftsverbindung zwischen England und dem Commonwealth, wies aber ausdrücklich darauf hin, daß jedes Mitglied der Gemeinschaft dieser völlig frei und unabhängig angehöre und daß es keineswegs so sei, daß England hier eine beherrschende Rolle spiele. Die wirtschaftlichen Verflechtungen allerdings seien so stark, daß eine Auflösung dieser Gemeinschaft zum Schaden aller Teilnehmer führen müsse. So betonte Mr. King, daß England und umgekehrt die Commonwealthstaaten fünfzig Prozent ihrer Ein- und Ausfuhr durch den jeweiligen Partner decken, daß aber beispielsweise England nur fünfundzwanzig Prozent nach dem Kontinent exportiere. Als weitere Schwierigkeit komme hinzu, daß England innerhalb des Commonwealth besondere Zollpräferenzen gelten lasse, die eine sehr niedrige Zollmauer bzw. völlige Zollfreiheit innerhalb dieses Bereiches zur Folge hätten.

Nachdem Mr. King die Fragen des Commonwealths behandelt hatte, machte er sehr präzise Ausführungen über das Verhältnis Englands zu Deutschland, insbesondere zur Frage der Wiedervereinigung und Berlins, und erklärte, daß England sich unabhängig von einer wirtschaftlichen Vereinigung sowohl für die Wiedervereinigung als auch für die Sicherheit Berlins verantwortlich fühle und immer fühlen werde.

Der letzte Teil der Ausführungen behandelte den entscheidenden Punkt der

Abneigung gegen eine Mitgliedschaft in der EWG, nämlich die offensichtliche Unmöglichkeit für England, Souveränitätsrechte aufzugeben. Mr. King stellte fest, daß die Bereitschaft der kontinentaleuropäischen Staaten, Souveränitätsrechte aufzugeben, sicherlich mit den furchtbaren Erfahrungen der letzten Kriege erklärt werden könne, behauptete aber, daß Großbritannien keineswegs mit seiner nationalstaatlichen Struktur unzufrieden sei. So sei seiner Auffassung nach in englischer Sicht eine Assoziierung durchaus denkbar, zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber keineswegs eine Föderation.

Diese Darstellung wurde allerdings von Mr. King selbst abgeschwächt, indem er die Auffassung vertrat, daß sicherlich in weiterer Zukunft auch England zu diesem Schritt bereit sein werde.

Den Abschluß der Tagung bildete das Referat von Herrn *Georg Streiter*, Verbindungsbüro der Europäischen Gemeinschaften, Bonn, unter dem Titel:

Europäische Modelle übernationaler Zusammenarbeit

Herr Streiter gab einen interessanten Überblick über die historische Entwicklung der Bemühungen um einen europäischen Zusammenschluß seit 1945, in dem eine Fülle von Tatsachenmaterial angeboten wurde, das den meisten Teilnehmern unbekannt oder aber von ihnen vergessen war, das aber wesentlich zur Klärung bestimmter Entwicklungen beigetragen hatte. So wies er darauf hin, unter welchen Schwierigkeiten sich die Entwicklung in der Bundesrepublik und in Europa im Anschluß an den Krieg vollzogen hat und wie sehr dabei ursprüngliche Pläne und Ressentiments haben überwunden werden müssen. So erscheint es immer wieder überraschend, den Weg nachzuvollziehen, der von der ursprünglichen Konzeption einer völligen Ausschaltung Deutschlands als Industrie- und Wirtschaftsmacht bis hin zu einem gleichberechtigten Partner innerhalb der EWG geführt hat.

Mit Beginn des Schuman-Planes tritt der Versuch einer politischen Lösung in den Vordergrund, ein Entschluß, dessen Hauptinhalt darin besteht, das Tabu der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik zu durchbrechen und gleichzeitig eine neue Rechtsform zu schaffen.

Diese Schaffung einer neuen Rechtsform ist das eigentliche Ziel der EWG, d.h. ein Weg, in dem nicht mehr wirtschaftliche, sondern politische Argumente die entscheidende Rolle spielen. Dieses Modell bedeutet gegenüber allen althergebrachten Vorstellungen eine Herausforderung, die zu akzeptieren zu erheblichen Spannungen führt, weil damit traditionelle Vorstellungen über Bord geworfen werden müssen. Nur wenn diese politische Zielsetzung im Auge behalten werde, könne mit einer befriedigenden und dauerhaften Lösung gerechnet werden.

Volk und Staat als Elemente der europäischen Politik

Die Begriffe Volk und Staat beschließen seit eineinhalb Jahrhunderten den größten Teil der gesamten geistigen, politischen, sozialen Auseinandersetzungen in sich, die unser Kontinent durchlebt hat. Seit den großen Wandlungen von 1945 ist uns nun die Aufgabe gestellt, sie neu zu durchdenken, ein neues Verhältnis zu jedem dieser beiden Begriffe und Lebenswerte zu finden sowie das Verhältnis zwischen ihnen selbst zu überprüfen. Mit dieser letzteren Aufgabe gewinnt vor allem das Grenzland erneutes Gewicht als ein Boden, auf dem die beiden Inhalte nicht zur Kongruenz kommen und wo daher das Umdenken über den lediglich theoretischen Bereich hinaus unmittelbar praktische Bedeutung bekommt, wo sich dokumentiert, ob die neue Wertigkeit von Volk und Staat und der Versuch einer neuen Gestaltung ihres Verhältnisses zueinander Echtheit besitzt oder nicht. Wenn im Binnenlande die Erörterungen über dieses Problem oft nur deklamatorischen Charakter besitzen mögen, so zeigt sich in der schärferen und klareren Luft des Vorpostens, was wirklich daran ist. Damit aber wird das Grenzland lebendiger Zeuge der neuen Idee und Haltung, in unserem Falle Zeuge dafür, wieweit die große Aufgabe unserer Zeit, die Synthese von Verwurzelung im eigenen Volk und Anerkennung übernationaler Ordnung, schon reale Gestalt gewonnen hat. In diesem Sinne möchte ich auf die Frage, die die Formulierung unseres Themas aufgibt, die Frage nach der Vereinbarkeit von Volk und Staat mit einer europäischen Politik, schon hier als Antwort die These aufstellen: „Im Grenzland sind Volk und Staat, ist die Synthese zwischen beiden, der Weg nach Europa“.

Wollen wir die ganze Tragweite dieses neuen Postulats erfassen, so müssen wir uns zunächst das Gewicht jedes dieser beiden Elemente, von Volk und von Staat, und ihre verschiedenartige Bewertung in der jüngsten Vergangenheit klarmachen. Nur auf diesem Hintergrund ist auch die Situation im Grenzland zu begreifen. Dabei erkennen wir, daß der zweite dieser Begriffe der ältere, aber zugleich auch der nüchternere, leidenschaftslosere ist. Jahrhundertlang ist für das Leben größerer Gemeinschaften in Europa das Denken vom Staate und im Staate maßgebend gewesen. Herrscher und Dynastie sind die Faktoren gewesen, die Teile verschiedener Völker zu staatlicher Einheit zusammenführen konnten, und es ist ihnen meist gelungen, trotz ursprünglicher Unterschiede in Abstammung, Sprache und Kultur ein lebhaftes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu

erreichen, das sich auch in schweren Erschütterungen bewährte. Noch um 1800 betonten Studenten der Kieler Universität ihre Loyalität gegenüber dem Oberhaupt ihres Staates mit der uns heute überraschenden, aber ganz vom Staate her gedachten Bemerkung, sie seien gute Dänen. Wenn wir von dieser Phase vorherrschenden Staatsdenkens sprechen, so ist es uns heute — leidenschaftsloser geworden und sachlicher urteilend — ein Bedürfnis, auch den vielgenannten und vielgeschmähten dänischen Gesamtstaat positiver zu bewerten, als das noch die Generation vor uns getan hat. Wir müssen darin — wie übrigens schon viele damalige Zeitgenossen selbst — ein bewundernswürdiges Beispiel des friedlichen Zusammenlebens dreier verschiedener Nationen und einer Politik des *sine ira et studio*, der Leidenschaftslosigkeit und der Humanität sehen, wie sie besonders mit dem Namen Andreas Peter Bernstorffs verbunden ist. Unter diesem Aspekt sachlich-nüchterner Staatsführung erfährt auch die heute so vielfach gescholtene und verurteilte preußische Monarchie eine erhebliche Aufwertung. Auch sie war aus heterogenen Teilen aufgebaut worden, und wenn auch diesem Staatswesen von der allgemeinen Tendenz des Absolutismus her noch vielfach ein stark konformistischer Zug anhaftete, so enthielt er doch auch eine genügend starke liberale Komponente, um das Bedürfnis nach revolutionärem Umsturz lange Zeit nicht aufkommen zu lassen.

In diese Wirklichkeit des ausschließlichen Denkens vom Staate her trat nun der Wert, der die geistige, politische und soziale Struktur zunächst unseres Kontinents und heute auch der ganzen übrigen Welt aufs tiefste veränderte: der nationale Gedanke, das Denken von der Grundlage her, die wir in Deutschland als Nation oder Volk bezeichnen. Wir wissen, wie dieser neue Begriff, der wesentlich von Herder und der Romantik mitgestaltet wurde, nicht nur zu völlig veränderten Kategorien politischen Denkens geführt, sondern den Menschen vor allem auch in seiner irrationalen Sphäre, im Fühlen und Glauben, bestimmt hat. Zugehörigkeit zu einem Volke ist von nun an nicht mehr Sache des Willens, der persönlichen, rationalen Entscheidung, sondern eine Angelegenheit schicksalhafter Bestimmung, ein unmittelbarer Eingriff des Schöpfers in das einzelne Leben, das eben von Anbeginn an durch Abstammung, Anlage, Sprache, Umwelt deutsch oder französisch, englisch oder dänisch geprägt ist. Damit gewann der Begriff des Volkes oder der Nation, vor allem der Kulturnation, religiöse Dimensionen, und jeder Eingriff in diese vorgegebenen Verhältnisse mußte geradezu als blasphemisch erscheinen.

Es liegt auf der Hand, daß diese neue Bewußtseinshaltung neue, ungeheure Impulse auslöste. Das gesamte menschliche Zusammenleben bekam nun erst seinen richtigen, seinen natürlichen Sinn, und es konnte nur eine Aufgabe für das neue Jahrhundert geben, die des Schweißes der Edelsten wert war: diejenigen, die neu erkannten, offensichtlich gottgewollten Verhältnisse in Einklang, zur

Kongruenz zu bringen mit einer entsprechenden äußeren Organisationsform, in deren Rahmen das Volk sein eigenes Leben ohne Beeinträchtigung von anderen führen und zu weiterer Entfaltung bringen konnte. Die Forderung nach dem Nationalstaat war damit gegeben.

Das Bemühen um diese neue Staats- und Gesellschaftsform hat ein Jahrhundert mit größten Energien und überschwänglicher Hoffnung, aber auch mit Strömen von Blut und Tränen erfüllt. An die Stelle der missionarischen Überzeugung und des Eifers früherer Religionskämpfe trat nun der Messianismus des nationalen Gedankens, und ein neuer dreißigjähriger Krieg, gespeist von Überzeugungen pseudoreligiösen Charakters, gab einem Zeitalter das Gepräge, das bis heute nicht abgeschlossen ist.

Den Deutschen als dem Volk der Mitte unseres Kontinents und den Europäern insgesamt ist nun die Aufgabe auferlegt, sich Rechenschaft abzulegen über ihren jetzigen Standpunkt und sich damit vor allem auseinanderzusetzen mit der Kraft, die das letzte Jahrhundert zu den Empfindungen erhabensten Stolzes, aber zugleich auch unter den Alldruck der absoluten Existenzangst geführt hat. Können wir — so müssen wir fragen — angesichts einer Situation, die den Siedlungsraum des deutschen Volkes auf den Stand von vor achthundert Jahren zurückgedrängt hat, und angesichts der Tatsache, daß mitten durch den Boden unserer nationalen Existenz, mitten durch unser Land und unsere Hauptstadt der trennende Schnitt zwischen den beiden Weltblöcken hindurchgeht — können wir angesichts dieser entmutigenden Lage noch immer von Volk und Nation als der tragenden Grundlage unseres Lebens sprechen? Oder müssen wir nicht angesichts solch unübersehbarer, solch lähmender Realitäten, angesichts der Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen und der Tötung von ungezählten Millionen Angehörigen aller Völker vor der grausigen Wucht der Tatsachen kapitulieren und das Kapitel der Geschichte, das den Traum von der nationalen Existenz, den Traum vom Leben der Völker im eigenen Staate sah, als endgültig abgeschlossen betrachten? Ist es angesichts dieser ungeheuren Opfer nicht geradezu vermessen, ja, gotteslästerlich, noch immer von Volk und nationaler Einheit zu sprechen, für sie einzutreten und damit vielleicht neues Unheil heraufzubeschwören: Das sind die schweren Fragen, die uns nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte immer bewegen und die wir nicht leicht nehmen sollten.

Wir können die Antwort darauf nur nach ernster Besinnung geben. Vor der überwältigenden Last der Opfer können wir gleichsam nur unter Tränen und in tiefem, verantwortungsbewußtem Ernst unser Ja und Dennoch zum Gedanken von Volk und Nation geben. Aber jeder, der überzeugt ist von der Unverlierbarkeit jedes einzelnen Augenblicks, jeder Stufe und jedes Ergebnisses im großen Haushalt der Geschichte, wird nicht anders können, als an dieser Idee, an der

Wirklichkeit eines Lebens des einzelnen Menschen in der Gemeinschaft seines Volkes als der ihm nächststehenden festzuhalten. Schon Bismarck hat in seinem unbestechlichen Realismus einmal gesagt, die Geschichte sei genauer als die preußische Oberrechnungskammer und werde alle Unterschlagungen strenger noch als diese ahnden. Und blicken wir um uns herum, so müssen wir jede Annahme, daß der nationale Gedanke überwunden sei, so sehr wir das manchmal vielleicht wünschen möchten, als Illusion erkennen. Wenn schon nicht zu Hause, so müssen wir spätestens unter Fremden, im Ausland, am Gegenbild die Realität des Nationalen auch in unserer Zeit noch feststellen. So halten wir denn, hart geprüft und schwer angeschlagen, doch in angeborener Liebe und aus historischer Erkenntnis an der Existenz dessen fest, was uns als Kulturnation, als Volk in jahrhundertelanger Entwicklung von unseren Vorvätern, von Otfried von Weißenburg, der zuerst das Wort „deutsch“ aussprach, und Walther von der Vogelweide, der das erste große Lob Deutschlands sang, von Generation zu Generation weitergereicht worden ist. Auch in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts also gibt es „Volk“ als die eigentliche und innerste Grundlage jedes gemeinschaftlichen Lebens.

Wie aber, so werden wir weiterfragen, steht es nun mit der äußeren Form und Gestalt dieses Volkes, mit dem Nationalstaat? Auch dabei können wir nicht anders als zu der Erkenntnis gelangen, daß der deutsche Nationalstaat, wie er von Bismarck geschaffen worden ist, offenbar den Notwendigkeiten der geschichtlichen Stunde entsprach. Aber auch in den folgenden großen Erschütterungen hat das deutsche Volk diesen seinen Nationalstaat in keinem Augenblick freiwillig preisgegeben, und selbst der Versuch neuer staatlicher Einigung, wie wir ihn heute in der Bundesrepublik vor uns sehen, kann nur als eine direkte Auswirkung der Bismarckschen Reichsgründung gesehen werden, von der auch wir Heutigen nationalpolitisch noch weithin leben. Noch immer also erscheint uns die Forderung als gerechtfertigt, daß die Mehrheit, daß der Kern eines Volkes in einem eigenen, national bestimmten Staat leben, daß also soweit wie möglich eine Übereinstimmung zwischen Volk und Staat bestehen sollte. So weit erkennen wir unsere ideengeschichtlich-politische Tradition durchaus an, wenn es uns auch angesichts der Spaltung des früheren deutschen Staates in drei Teile und gegenüber der fortschreitenden Ersetzung des deutschen Nationalgefühls durch eine andere politische Ideologie im anderen Teile Deutschlands bereits schwer zu werden beginnt, an eine baldige Wiederherstellung eines Staates zu glauben, der den überwiegenden Teil der Deutschen umfaßt.

Wenn wir uns so zum Volk bekennen und in der nationalen Idee noch immer einen der großen Werte unseres Lebens sehen, so können wir Deutsche des Jahres 1960 das jedoch nicht mehr mit derselben Unbekümmertheit und Sorglosigkeit und der gleichen, allein auf das eigene Volk gerichteten Einstellung tun wie unsere

Vorväter. Wir sehen in Volk und Nation noch immer einen hohen Wert und das eigentlich natürliche Lebensklima, ohne das uns unser Dasein schwerer und weniger reizvoll erscheinen würde; aber wir betrachten diese Begriffe nicht mehr als absolute, als Höchstwerte, über denen es andere nicht gibt. Schon die Feststellung, daß es bei uns in Europa zwei ganz verschiedene Nationsbegriffe gibt — neben unserm deutschen, von Abstammung, Sprache und Kultur herkommenden, einen westlichen, bei dem die persönliche Entscheidung, der Wille, Franzose, Engländer oder Amerikaner zu sein, maßgebend ist —, schon diese Tatsache muß uns gegenüber dem Absolutheitsanspruch des Nationalen vorsichtig machen. Vor allem aber hat uns die Gleichsetzung von Volk und Staat um jeden Preis ebenso wie der Expansionswille des nationalen Gedankens, seine Verbindung mit Imperialismus, Darwinismus und Militarismus höchst bedenklich gemacht. Wie könnte man nach all den bitteren Erfahrungen heute noch Maßnahmen seine Zustimmung geben, die die gewünschte Kongruenz von Volk und Staat durch Germanisierung, Danisierung, Italianisierung, durch sogenannte „Assimilation“ oder „Umvolkung“ oder durch Umsiedlung großen Stils herbeizuführen suchen? Ist es heute noch erträglich, Worte zu hören, wie sie in der Wilhelminischen Zeit von einem prominenten Vertreter des Deutschen Vereins in Nordschleswig über die dänischgesinnten Landsleute gesprochen wurden, wo es hieß: „Mit einem solchen Gegner ist ein Friede unmöglich. Hier gilt es Kampf! Kampf ohne Grausamkeit und Härte, aber auch ohne Rücksicht und Milde, Kampf bis zur vollständigen Niederwerfung.“ Oder haben wir auch nur noch das geringste Verständnis für eine nationale Hybris, wie sie sich in den „Leitsätzen zum Kriegsziel“ aussprach, die der alldeutsche Führer von Claß in völliger Verkennung der Realitäten noch nach der gescheiterten deutschen Frühjahrsoffensive von 1918 in 35 000 Stück verbreiten ließ und worin folgende Gebiete für Deutschland gefordert wurden: das Baltikum, die französische Küste bis zur Somme, Belgien, die Linie Verdun—Belfort, der Kriegshafen Toulon, Marokko, Tanger, Bizerta, Senegambien, die Azoren und Kapverdischen Inseln, Französisch- und Belgisch-Kongo, Diego Suarez auf Madagaskar, Damiette zur Kontrolle der Nilmündung, Djibuti, Goa, Ceylon, Saigon in Hinterindien. Oder erschüttert uns heute nicht alle bis ins Innerste und läßt uns in der uns noch verbleibenden Zeit unseres Lebens nicht mehr zur Ruhe kommen die grausigste Konsequenz des völkischen Denkens, jener Konformismus schlimmsten Ausmaßes, der sich herausnahm, das Volk dadurch „homogen“ zu machen, daß er Millionen Nichtgewünschter vernichtete?

Ich nenne dies alles nicht, weil es einmal wieder dem Deutschen an Stolz und Haltung fehlt und er sich nur zu gern selbst bezichtigt. Selbstverständlich haben diejenigen recht, die darauf antworten, auch die anderen trügen ihr gerüttelt Maß an Schuld. Trotzdem kann und muß man von einem Deutschen unserer

Generation wohl erwarten, daß er, wenn er dieses Problem untersucht, in intellektueller Redlichkeit bei seinem eigenen Volke anfängt. Es kommt hier nicht auf die Schuldzumessung im einzelnen an, sondern auf die Untersuchung des nationalen Gedankens überhaupt. Wir stellen dabei fest, daß so wie wir auch alle anderen Völker seine belebenden Kräfte, aber auch seine Sprengkraft und Dämonie verspürt haben, das Volk in der Mitte naturgemäß besonders stark.

Aus all dieser Erkenntnis können wir für die neue Epoche, in die wir nach 1945 eingetreten zu sein glauben, nur eine Konsequenz ziehen: Wir haben erklärt, daß wir uns auch heute noch zu Volk, Nation und Nationalstaat bekennen. Aber wir glauben, das nach den großen Erschütterungen und Opfern doch nur dann noch verantworten zu können, wenn wir nun endlich den nationalen Gedanken zu der Konsequenz weiterführen, die ihm bisher noch immer gefehlt hat. Im Gegensatz zu den großen geistig-politischen Ideen unserer Zeit, wie Liberalismus und Sozialismus, läßt ja die nationale Idee über die eigenen Grenzen hinaus jegliches Solidaritätsgefühl unter den von ihr Erfüllten vermissen. Der nationale Gedanke hat — von wenigen Ausnahmen abgesehen — nicht verbindend, sondern zwischen den Völkern nur trennend, ja sprengend und zerstörend gewirkt. Wenn wir heute noch national denken wollen, so nur, wenn wir nun zugleich auch den anderen Nationen gegenüber konsequent national sind und ihre Besonderheiten respektieren und als gleichwertig anerkennen. Damit aber löst der nationale Gedanke selbst dann zugleich die dringendste Aufgabe unserer Zeit: die Verbindung von nationalem Bewußtsein mit der Anerkennung einer übernationalen Ordnung. Indem wir diese Aufgabe als gebieterisch erkennen, erinnern wir uns zugleich daran, daß im Bewußtsein des deutschen Volkes selbst bereits ein Lösungsversuch des Problems einer Verbindung von Mannigfaltigkeit und Einheit lebendig ist: der Vielvölkerstaat der Habsburger Monarchie, ein Staat, dem selbst ein hervorragender Vertreter der Tschechen noch inmitten der nationalen Kämpfe des Revolutionsjahres 1848 seine Humanität und fortschrittliche Gesinnung bescheinigt hat. Diese schon historisch gewordene Erscheinung bekommt nun in einer Zeit, wo es sich auch in Europa darum handelt, Nationen mit widerstreitenden Interessen unter eine übergreifende politische Ordnung zu bringen, als Orientierungsrichtung neues Gewicht.

Und damit sind wir wieder bei der besonderen Situation im Grenzland, die nur auf diesem allgemeinen Hintergrund zu sehen ist und die hier bei der ganzen Erörterung mitgeschwungen hat. Wenn irgendwo, so bekommt das Problem „Volk und Staat“ in einem Gebiet erhöhte Aktualität, wo wegen der Überschneidung der Völker eine absolute Kongruenz beider Elemente im nationalen Sinne weder nach der einen noch nach der anderen Seite möglich ist — es sei denn, daß man sie gewaltsam herstellen wollte. Das aber wäre — wie wir nach all dem Gesagten zutiefst überzeugt sind — das größte Verbrechen an dem Geist der neuen Zeit,

aus der heraus allein Volk und Nation noch zu rechtfertigen sind. So kann nur der Weg einer Synthese bleiben zwischen der bewußten und freudigen Zugehörigkeit zum eigenen Volk, der Teilnahme an dessen geistigem, kulturellem und sozialem Leben, dem Interesse an seiner wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und der loyalen und aktiv aufgeschlossenen Gesinnung gegenüber dem Staat, der durch seine Institutionen Leben, Recht und Sicherheit seiner fremdvölklichen Angehörigen ja ebenso garantiert wie die seiner eigenen. Das aber ist nur denkbar, wenn auf beiden Seiten die Bereitschaft besteht, die nationale Idee in der heute einzig möglichen Weise der gegenseitigen Achtung zu vertreten, wenn sie also stets begleitet wird von der Eigenschaft, die wir zu den höchsten Werten freier Menschen rechnen: der Toleranz. Wenn das der Fall ist, wenn aller ausgesprochen nationalistischen Gesinnung eine klare Absage erteilt wird, dann befindet sich das Grenzland auf dem Wege zu dem politischen Ideal, das ihm immer vorschweben sollte: Bindeglied zu sein zwischen zwei Völkern, von denen jedes durchaus und bewußt seine Eigentümlichkeiten behält und die doch miteinander leben wollen; denn national sein kann — so paradox das unseren alten Denkvorstellungen scheinen mag — im Grunde niemand ohne den Nachbarn. Erst durch dessen Gegenbild wird er seines eigenen Charakters inne. Ohne den Gegensatz würde sich kein Volk als nationale Individualität begreifen. So weist — was lange Zeit ignoriert wurde — gerade der nationale Gedanke über das eigene Volk hinaus und auf das andere hin. In diesem Sinne gewinnt auch das anfangs geprägte Wort seine Bedeutung: „Im Grenzland ist die Synthese von Volk und Staat der Weg nach Europa“.

Von diesem Aspekt aus wird auch der Begriff der Heimat an der Grenze umfassender gesehen werden müssen, als das unter der radikalen Nationalidee der Fall ist. Wenn im Binnenland Heimat, Nation und Volk zusammenfallen, so ist das im Grenzland durchaus nicht der Fall. Heimat bedeutet dort im Gegenteil das Zusammenleben zweier oder mehrerer Nationen, die so eng benachbart sein können, daß sie unter demselben Dach wohnen und um denselben Herd sitzen, und das Vorhandensein dieses fruchtbaren Spannungsverhältnisses ist geradezu ein unabdingbarer Bestandteil des Heimatgefühls. Es wäre deshalb ein verhängnisvoller Rückfall in den alten Radikalismus, wollte man diese Heimat noch nach Nationalitäten zerreißen und den Versuch unternehmen, sie für die eigene Nation allein in Anspruch zu nehmen. Auch das werden wir heute mitbedenken müssen, wenn wir das Wort „Heimat“ im Zusammenhang mit Grenzgebieten, wo immer diese sein mögen, in den Mund nehmen.

So sehen wir, wie auch heute noch Volk und Staat Elemente der europäischen Politik sind, wenn auch in anderem Sinne als früher. Neben der Bejahung des Volkes und der Nation sehen wir in der Idee einer übernationalen Gemeinschaft die Signatur unserer Zeit. Dabei fällt dem Volk an der Grenze, das zuerst

aufgerufen ist, eine Synthese zwischen beiden zu finden, wieder die Rolle des Vorpostens, der Vorhut nunmehr auf dem Wege zu einer im Volke begründeten und doch zugleich über es hinauswirkenden Gemeinschaft, die Rolle des Vortrupps auf dem Wege nach Europa zu. Auch dieses Europa kann, wie wir glauben, nur von der Grundlage des Volkes, der Nation her aufgebaut werden. Nur mit dieser doppelten Zielsetzung, Volk und Europa, Nation und übernationale Ordnung, kann auch der Deutsche Tag 1960 seinen rechten Sinn erhalten. Deutschsein heißt noch immer: sein Volk mit ebenso heißer Liebe im Herzen tragen wie der Nachbar. Aber es bedeutet uns auch: die Verpflichtung lebendig empfinden, die dem Deutschen das Schicksal, das ihn am schwersten getroffen hat, in besonderem Maße auferlegt hat: voranzugehen beim Errichten einer neuen, größeren Ordnung, die die Mannigfaltigkeit der Völker bestehen läßt und die doch zugleich verhindert, daß sie immer wieder ihre Höchstleistungen gegeneinanderkehren, bis an den Rand der Vernichtung.

Diese Synthese ist nur möglich auf der Grundlage von Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und Toleranz. Damit aber mündet das politische Streben ein in ein moralisch-sittliches: die Verwirklichung eines wahren Humanismus. Ohne moralische Maßstäbe wird in dieser Weltstunde auch die Politik keine bleibenden Ergebnisse mehr erzielen können. Mit dieser Erkenntnis aber befinden wir uns dann wieder im Einklang mit unserer eigenen besten Tradition und mit der besten Tradition Europas, den großen deutschen Denkern aus den Anfängen der nationalen Bewegung, die die Nation stets eingebettet sahen in einen größeren Zusammenhang. In diesem Sinne gilt auch für uns das eindrucksvolle Wort, das Ernst Moritz Arndt 1805 niederschrieb: „Es ist schön, sein Vaterland lieben und alles für dasselbe tun, aber schöner doch, unendlich schöner, ein Mensch zu sein und alles Menschliche höher zu achten als das Vaterländische.“

Die parlamentarische Vertretung der Minderheiten beiderseits der Grenze

Eine Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen und den gegenwärtigen Stand

KOPENHAGEN

Dänemark ist 1953 zum Einkammersystem übergegangen. Die Anzahl der Abgeordneten des Reichstages (Folketing) ist durch die Verfassung auf 179 festgelegt, von denen zwei auf die Färöer und zwei auf Grönland entfallen. Die übrigen 175 Mitglieder werden im eigentlichen Dänemark, einschließlich Bornholm, gewählt. Das Land ist in sogenannte Groß- oder Amtskreise eingeteilt. Diese sind dann wiederum in Aufstellungskreise aufgeteilt. In den Groß- oder Amtskreisen werden 135 Abgeordnete gewählt. Die Verteilung dieser Mandate ist festgelegt unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl der Kreise, der Wählerzahl, der Fläche usw.

Nordschleswig bildet einen Amtskreis, in dem sieben Abgeordnete zu wählen sind. Die Stimmen für die einzelnen Parteien und Kandidaten werden in den Amtskreisen zusammengezählt. Die Verteilung der Kandidaten auf die Parteien erfolgt dann nach dem d'Hondtschen System.

Über die 135 Mandate hinaus werden 40 sogenannte Zuschlagsmandate im Sinne des Verhältniswahlsystems verteilt. Eine Berücksichtigung bei der Verteilung setzt voraus, daß die betreffende Partei entweder

1. in einem der Groß- oder Amtskreise ein Mandat erlangt hat, oder
2. in jedem der drei Großgebiete (Kopenhagen, die Inseln, Jütland) so viele Stimmen erreicht hat, wie in jedem dieser Gebiete je Kreismandat an gültigen Stimmen abgegeben worden sind, oder
3. im gesamten Land mindestens 60 000 Stimmen erlangt hat.

Hier hätten wir es demnach mit einer Sperrklausel des dänischen Wahlrechts zu tun.

Die Vertretung der deutschen Minderheit

Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig war von 1920 bis 1943 im dänischen Parlament vertreten und hat seit der Folketingswahl 1953 erneut einen Abgeordneten. Die Volksgruppe konnte 1953 zwar noch nicht als Partei an den Wahlen teilnehmen, es war ihr aber möglich, einen Kandidaten außerhalb der

Parteien aufzustellen, auf den dann persönlich gestimmt werden konnte. Als ein solcher Kandidat außerhalb der Parteien wurde Hans Schmidt-Oxbüll 1953 gewählt. Nach seinem Eintritt in den Reichstag meldete er dann die Slesvigsk Parti offiziell an und wurde als Vertreter dieser Partei 1957 und 1960 wiedergewählt. Bei dem Mandat der Volksgruppe handelt es sich um das siebente Mandat des Amteskreises Nordschleswig.

Reformpläne für die Wahl zum Folketing

Erwägungen über Änderungen des dänischen Wahlrechts sind im Gange. Wie die geplante Reform im einzelnen aussehen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Vielleicht wird man auch die Frage prüfen, wieweit es zweckmäßig ist, zu Einmann-Wahlkreisen überzugehen, in denen eine Mehrheitswahl stattfindet, während dann der Ausgleich im Sinne des Verhältniswahlsystems über Landeslisten erfolgen könnte. Sicher ist zur Zeit nur, daß im Rahmen einer Volksabstimmung über die Festsetzung des Wahlalters entschieden werden soll. 1953 wurde das Wahlalter von 25 auf 23 Jahre herabgesetzt. Jetzt handelt es sich um die Herabsetzung auf 21 Jahre.

KIEL

Das Land Schleswig-Holstein hat ebenso wie Dänemark das Einkammersystem. Das Landeswahlrecht unterscheidet sich wesentlich von dem dänischen. 42 Abgeordnete werden in den Wahlkreisen durch Mehrheitswahl gewählt. Zu ihnen treten 27 Abgeordnete hinzu, die durch Verhältniswahl auf den Landeslisten der politischen Parteien auf der Grundlage der im Lande abgegebenen Stimmen und unter Berücksichtigung der in den Wahlkreisen gewählten Bewerber gewählt werden. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt also 69. Werden jedoch für eine politische Partei in den Wahlkreisen mehr Bewerber gewählt als ihr nach der Verhältnisrechnung zustehen, so erhöht sich die Zahl der auf den Landeslisten zu wählenden Bewerber entsprechend.

An dem Verhältnisausgleich nimmt jede politische Partei teil, sofern sie mindestens in einem Wahlkreis einen Abgeordneten durchgebracht oder sofern sie insgesamt 5 % der abgegebenen gültigen Stimmen erzielt hat.

Die Vertretung der dänischen Minderheit

Bei der Landtagswahl 1954 ging die bis dahin vorhandene Vertretung der dänischen Minderheit im Landtag verloren, da es ihr nicht gelang, die 5%-Sperrung zu überwinden. Im März 1955 fanden dann die deutsch-dänischen Minderheitenerklärungen statt, die zu den Minderheitenerklärungen der Bundesregierung und der dänischen Regierung vom 29. März führten. Im Zuge dieser Verhandlungen wurden eine Reihe offenstehender Fragen geklärt. Die

deutsche Minderheit erhielt nunmehr das Recht, Examensschulen in Nordschleswig zu errichten. Das Land Schleswig-Holstein erklärte sich bereit, eine Ausnahme von der 5%-Klausel des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes zugunsten der dänischen Minderheit zu schaffen. Im Bundeswahlgesetz war die dänische Minderheit bereits 1953 von der 5%-Klausel befreit worden, trotzdem ging das Bundestagsmandat der dänischen Minderheit, das sie 1949 erworben hatte, bei der Wahl 1953 verloren.

In Schleswig-Holstein führte die Befreiung von der Sperrklausel dazu, daß die Minderheit 1958 zwei Abgeordnete in den Landtag wählen konnte. Für die Zwischenzeit von 1955 bis 1958 war eine Übergangslösung in Kraft. Für diesen Zeitraum wurde der Verständigungsausschuß, der seinerzeit durch die Kieler Erklärung eingeführt worden war, aufrechterhalten. Außerdem wurde ein Landtagsausschuß für Angelegenheiten der dänischen Minderheit gebildet, zu dem zwei Vertreter der dänischen Minderheit als Sachverständige hinzugezogen wurden. Die Tätigkeit dieser Ausschüsse konnte dann nach dem Zusammentritt des neuen Landtages 1958 eingestellt werden.

Die Einbringung von Gesetzesvorlagen

Für die Stellung der parlamentarischen Vertreter ist von besonderer Bedeutung

1. das Recht auf Einbringung von Gesetzesvorlagen und
2. die Möglichkeit der Mitwirkung in den parlamentarischen Ausschüssen.

Im dänischen Reichstag ist jedes Mitglied berechtigt, Vorschläge für Gesetze und andere Beschlüsse einzubringen.

Im schleswig-holsteinischen Landtag werden Gesetzesvorlagen von der Landesregierung oder von Mitgliedern des Landtages eingebracht.

Anträge, die einen Gesetzesentwurf enthalten, müssen von mindestens 15 Abgeordneten oder einer Fraktion eingebracht werden. Die zur Bildung einer Fraktion notwendige Mitgliederzahl wird durch Beschlüsse festgestellt. Durch Landtagsbeschluß vom 17. Dezember 1958 wurde die Mindeststärke einer Fraktion auf drei Mitglieder festgesetzt. Darüber hinaus wurde der dänischen Minderheit mit ihren zwei Abgeordneten für die Dauer der gegenwärtigen Wahlperiode die Fraktionseigenschaft zuerkannt. Die Minderheit ist demnach in gleicher Weise wie die übrigen Gruppen in der Lage, Gesetzesvorlagen einzubringen. Zu erwähnen ist noch, daß die Fraktionen des Landtages zur Bestreitung ihrer Geschäftskosten monatlich einen Zuschuß erhalten, bestehend aus einem Grundbetrag und einem Steigerungsbetrag je Fraktionsmitglied.

Die Ausschüsse und ihre Tätigkeit

KOPENHAGEN

Die Wahl der Ausschüsse erfolgt in Kopenhagen durch das Folketing nach der Verhältniswahl. Unterschieden wird zwischen ständigen Ausschüssen und Sonderausschüssen. Insgesamt gibt es im dänischen Reichstag sechs ständige Ausschüsse. Es handelt sich dabei um folgendes:

1. *Außenpolitischer Ausschuß.*
Dieser ist ein beratendes Organ für die Regierung in Angelegenheiten der dänischen Außenpolitik. Der Ausschuß ist gemäß § 19, Abs. 3 der Verfassung vorgesehen, die Einzelheiten sind durch ein besonderes Gesetz Nr. 54 vom 5. März 1954 geregelt. Der Ausschuß setzt sich aus siebzehn Mitgliedern zusammen, die nach der Verhältniswahl ermittelt werden.
2. *Ausschuß für die Geschäftsordnung.*
Er besteht aus den vier Mitgliedern des Präsidiums und siebzehn gewählten Mitgliedern des Folketings.
3. *Ausschuß für Wahlprüfung.*
4. *Ausschuß für Finanzen.*
5. *Ausschuß für Gehaltsfragen* (Normierungsgesetze).
6. *Ausschuß für Staatsangehörigkeitsfragen.*
Die Zuerkennung der Staatsangehörigkeit ist in Dänemark eine Angelegenheit der Legislative. In jedem Jahr wird ein Staatsangehörigkeitsgesetz verabschiedet, in dem die Ausländer, denen man die dänische Staatsangehörigkeit zuerkennt, namentlich aufgeführt sind. Die Vorbereitung dieses Gesetzes erfolgt durch die Ausschußberatungen.
7. *Ausschuß für Angelegenheiten des Prüfungsbeauftragten (Ombudsmand).*
§ 55 der Verfassung bestimmt, daß das Folketing ein oder zwei Personen wählt, die nicht Mitglieder des Tings sind, und zwar mit der Aufgabe, sich einen laufenden Einblick in die militärische und zivile Verwaltung des Staates zu verschaffen. Die Institution ist nach schwedischem Vorbild eingerichtet und in ihrer Art vergleichbar mit dem Wehrbeauftragten, den der Bundestag gemäß Art. 45 b des Grundgesetzes zum Schutze der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle beruft. Die näheren Einzelheiten für die Tätigkeit des „Ombudsmand“ sind in einem Gesetz Nr. 203 vom 11. Juni 1950 geregelt.

Die vorgenannten Ausschüsse zu 3 bis 7 bestehen aus siebzehn Mitgliedern.

Neben den ständigen Ausschüssen werden je nach Bedarf, insbesondere zur Beratung von Gesetzesvorlagen, Sonderausschüsse eingesetzt. Ihre Größe bestimmt im Einzelfall der Reichstag. Im allgemeinen bestehen diese Ausschüsse aus siebzehn Mitgliedern.

Die Sitzungen der Ausschüsse sind nicht öffentlich und vertraulich. Sachverständige können hinzugezogen werden, nehmen aber an den eigentlichen Beratungen nicht teil. Mitglieder des Reichstages, die dem betreffenden Ausschuß nicht angehören, haben grundsätzlich keinen Zutritt. Der Vertreter der deutschen Minderheit gehört keinem Ausschuß an, auch nicht als beratendes Mitglied.

KIEL

Die Wahl der Ausschüsse erfolgt in Kiel vom Landtag, und zwar richtet sich die Zusammensetzung nach der Stärke der Fraktionen. Die Anzahl der Mitglieder beläuft sich auf fünf bis dreizehn.

Die Anzahl der ständigen Ausschüsse ist bedeutend größer als im dänischen Folketing. Insgesamt handelt es sich um sechzehn ständige Ausschüsse. Eine Übersicht sieht laut „Amtsblatt für Schleswig-Holstein“ Ausgabe A, Nr. 1 vom 3. Januar 1959 wie folgt aus:

1. *Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung*, dreizehn Mitglieder.
2. *Ausschuß für Verfassung und Geschäftsordnung*, dreizehn Mitglieder.
3. *Ausschuß für Wahlprüfung*, neun Mitglieder, davon ein Mitglied der dänischen Minderheit.
4. *Ausschuß für innere Verwaltung*, dreizehn Mitglieder sowie ein beratendes Mitglied der dänischen Minderheit.
5. *Ausschuß für Volksgesundheit*, dreizehn Mitglieder.
6. *Ausschuß für Finanzen*, dreizehn Mitglieder sowie ein beratendes Mitglied der dänischen Minderheit.
7. *Ausschuß für Wirtschaft*, dreizehn Mitglieder sowie ein beratendes Mitglied der dänischen Minderheit.
8. *Ausschuß für Verkehr*, dreizehn Mitglieder.

9. *Ausschuß für Volksbildung*,
dreizehn Mitglieder sowie ein beratendes Mitglied der dänischen Minderheit.
10. *Ausschuß für Jugendfragen*,
neun Mitglieder sowie ein beratendes Mitglied des GB-BHE.
11. *Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten*,
dreizehn Mitglieder sowie ein beratendes Mitglied der dänischen Minderheit.
12. *Ausschuß für Justiz*,
dreizehn Mitglieder.
13. *Ausschuß für Arbeit und Aufbau*,
dreizehn Mitglieder.
14. *Ausschuß für Volkswohlfahrt*,
dreizehn Mitglieder sowie ein beratendes Mitglied der dänischen Minderheit.
15. *Ausschuß für Heimatvertriebene*,
dreizehn Mitglieder.
16. *Ausschuß für Eingaben*,
neun Mitglieder sowie ein beratendes Mitglied des GB-BHE.

Bemerkenswert ist, das der dänischen Minderheit eine Vertretung und Mitarbeit in sieben ständigen Ausschüssen ermöglicht worden ist, u. a. auch im Finanzausschuß, in den Wirtschaftsausschüssen und im Ausschuß für Volkswohlfahrt.

Wie in Dänemark sind die Sitzungen in der Regel nicht öffentlich, die Öffentlichkeit kann aber mit Zweidrittelmehrheit zugelassen werden. Außerdem ist jeder Abgeordnete — auch im Gegensatz zur dänischen Regelung — berechtigt, an den Sitzungen eines Ausschusses, dem er nicht angehört, teilzunehmen. Der Vorsitzende kann ihm das Wort erteilen, und er muß ihm das Wort erteilen, wenn über einen von dem betreffenden Abgeordneten im Landtag gestellten Antrag verhandelt wird.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Minderheitenvertreter in Kopenhagen und Kiel in bezug auf die Einbringung von Gesetzesvorlagen de facto gleichgestellt sind, da den beiden Vertretern in Kiel die Eigenschaft einer Fraktion durch besonderen Beschluß des Landtages zugewilligt worden ist. Die aktive Mitarbeit an der gesamten Parlamentstätigkeit ist den Vertretern der dänischen Minderheit durch ihren Sitz in einer Reihe von Ausschüssen und durch die Möglichkeit, als Abgeordnete den Ausschußsitzungen beizuwohnen, wesentlich erleichtert worden.

Carl Roos / Lebenserinnerungen

Bemerkungen zu einem bemerkenswerten Buch

Es überrascht nicht, daß die Memoirenliteratur unserer engeren Heimat ganz bestimmte gemeinsame Züge aufweist, so sehr sie im einzelnen auch der individuelle Ausdruck des Schreibers ist. Es wird in mannigfacher Weise deutlich, daß diejenigen bedeutenden Männer unseres Grenzlandes, deren Lebensbericht den Rang einer beispielhaften Aussage gewann, durch die Geschichte und Problematik der Begegnung zweier benachbarter Völker wesentliche Beimischungen ihrer geprägten Persönlichkeit erhielten. Von Jahrhundert zu Jahrhundert wechselt freilich die Art dieser Beimischung, aber sie ist unverkennbar. Man vergegenwärtige sich die oft noch „vornationalen“ Tagebücher Hebbels, man studiere die Erinnerungen Theodor Kaftans, die jene merkwürdige Spannung zwischen christlichen, nationalen und humanistischen Elementen zeigen, man denke an den dänischen Realpolitiker Hans Peter Hanssen, der in seinem Lebensbericht reinsten Ausdruck des neunzehnten Jahrhunderts ist — trotz aller Realpolitik der Lyrik gar nicht so fern, man denke an Schmidt-Wodder, man denke vor allem an bestimmte Stellen in den Erinnerungen Emil Noldes — und nicht zuletzt an die Begründung der Noldestiftung! Es wäre reizvoll, unter diesem Aspekt einmal die Erinnerungen großer Söhne des alten Herzogtums Schleswig zu betrachten. Man würde sicher sehr viel „Modernes“ in ihnen finden. Die vergangene Saison bescherte uns ein neues Zeugnis „erfüllten Lebens“, das seine Prägung in entscheidendem Maße durch die Herkunft des Autors erfuhr. Der emeritierte Inhaber des Lehrstuhles für deutsche Literatur an der Universität Kopenhagen, Carl Roos, schrieb das Buch „Die Zeit der Vorbereitung“ — Lebenserinnerungen — Band I (erschienen bei G. E. C. Gad in Kopenhagen). Dieses Buch ist ein Ereignis — weniger durch das Was als durch das Wie und die Moral, die es enthält. Carl Roos wurde 1884 in Hadersleben geboren. Als er acht Jahre alt war, verstarb sein Vater, ein seines Dänentums sehr bewußter Kaufmann; die Familie verzog nach Fredericia. Carl Roos wurde Bürger in Dänemark. Die Schilderung seiner frühen Kindheit, die Beschreibung Alt-Haderslebens und des Bauernhofes seiner Verwandten im Kreise Hadersleben sind literarische Kostbarkeiten. Die Details in der schleswigschen Landschaft, die Details der fast noch mittelalterlichen Form der Agrarwirtschaft erfahren eine liebevolle Behandlung, wie auch die alte Festung Fredericia mit ihren Soldaten, ihrer Lateinschule und ihren Lehreroriginalen eine literarische Auferstehung feiert.

Es folgt die Schilderung der ersten Studienzeit in Kopenhagen, der militärischen Dienstzeit, um dann den Höhepunkten zuzustreben, den Berichten über die erste Tätigkeit an der Königlichen Bibliothek in Kopenhagen und den Studienreisen im kaiserlichen Deutschland.

Die „Verdichtung“ dieses Lebensberichts wird an vielen kleinen und großen Beispielen deutlich. Wir haben in diesem Heft eine Probe davon gegeben, indem an anderer Stelle jener Absatz aus dem Buche von Roos abgedruckt ist, der in unvergleichlicher Weise die Atmosphäre einer europäisch bedeutsamen Bibliothek atmet. An anderen Beispielen könnte man zeigen, wie sich die Kunst des menschlichen Porträts in die Bezirke des Dichterischen hebt. Es liegt über diesen Stellen der Klang Mozartscher Musik — jener Harmonie, die auch und gerade in ihrer Vollendung die Untiefen des Lebens ahnen läßt. Manche scheinbar achtlos hingestreute Bemerkung läßt den Leser voller Schauern oder wenigstens voller Resignation den Lauf der Welt bedenken. In seiner Gestaltung gehört dieses Buch zu den schönen und großen Äußerungen der dänischen Literatur.

Und die Moral von der Geschichte? Man lese auch freundlichst die an anderer Stelle dieses Heftes beigegebene „zentrale Stelle“. Wir meinen jene Äußerung des Verfassers, aus der heraus seine Lebensarbeit zu verstehen ist. Seine Lebensarbeit galt der Erforschung der Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und Dänemark. Davon legt seine große wissenschaftliche Produktion Zeugnis ab. In diesem Buch berichtet er von den inneren Kräften, die ihn bewegten. Diese Kräfte sind der europäische Humanismus und die deutsch-dänische geistige Spannungszone. Aus ihr heraus erfahren wir Deutsche eine zwar komprimierte, aber schier unerschöpfliche Schilderung des kaiserlichen Deutschlands (die Schilderung der Wachtparade in Berlin kommt dem berühmten Gedicht Liliencrons gleich) und der treibenden Kräfte der damaligen Sozialdemokratie. Der junge Roos hat sehr genau beobachtet und sehr klug Schlüsse gezogen. Durch das Buch weht der Atem des zeitlosen abendländischen Geistes.

BETRACHTUNGEN IN DER BIBLIOTHECA REGIA

Derjenige, der es nicht selbst erlebt hat, versteht kaum die Atmosphäre zwischen den Regalen in endlosen Reihen, zwischen zahllosen Büchern in vielen Etagen übereinander, in denen Wissen, Weisheit und Torheit vieler Jahrhunderte ihren Niederschlag fanden. Obwohl stumm, sprechen die Bücher und erzählen Menschengeschichte. Man nimmt einen zufälligen Band heraus und findet einen Namen eines Besitzers, vielleicht mehrere; es sind dänische Namen dazwischen,

man kennt sie vielleicht, Geschlecht nach Geschlecht hat dies Buch, das man nun in der Hand hält, gelesen; man ist nicht allein, man ist in einer Gemeinschaft, man blickt vielleicht sogar hinein in des fernen Bruders Gedanken. Papier war einst ein Luxus, auch die leeren Blätter des Buches sollten ausgenutzt werden; dort steht auf lateinisch mit der Hand eines entschwundenen Jahrhunderts: „Paupertas parit humilitatem, humilitas concordiam, concordia divitias, divitiae superbiam, superbia contumeliam, contumelia bellum, bella paupertatem, paupertas...“ Armut erzeugt Demut, Demut Gemeinschaft, Gemeinschaft Reichtum, Reichtum Übermut, Übermut Verachtung, Verachtung Krieg, Krieg Armut, Armut... Corfitz Ulfeldt notiert: „Tout le monde est une farce et se gouverne par opinion.“ Man war also genauso klug damals. Eine Louise von Lützwow — heute kennt sie niemand mehr — schreibt in Molières *Le Misanthrope*: „Cette piece si fortement loué me semble avoir peu d'intérêt.“ So ändert sich das Urteil, fast dasselbe meinte Pepys über Shakespeares „*Ein Sommernachtstraum*“. Ein hochbetagter Besitzer von Aarestrup fragt sich, warum er wohl seinerzeit dies Buch angeschafft habe: „Es hat mich nun bei meinem endgültigen Lesen im höchsten Grade enttäuscht und mich jedenfalls nicht erfreut.“ Das ist die Stimme des Verstandes, wenn das Blut die Wärmegrade verloren hat, abgekühlt sagt sie: „Das Leben des Jünglings ist Liebe, das Leben des Mannes ist Verstand und That.“ Umgekehrt, in einer Ausgabe der Märchennovelle *Undine* des deutschen Romantikers Fouqué, macht eine späte Besitzerin mit zitterndem Bleistift folgende Mitteilung: „Wenn Vater sie uns vorlas, schluchzte ich laut, nun bin ich zu traurig über mein entsetzliches Schicksal, um über die himmlische Undine zu weinen. Das Gedenken an meine mehr als andere angebetene Mutter, der ich dies Buch schenkte, rührt mein armes Herz... Warum hat der Herrgott die schrecklichen Verbrechen gegen mich zugelassen.“ Ein kleines Zeichen auf einem alten braunen Buch, ein diminutives Wappen in Gold, im Schrägbalken drei Bienen, verraten den Besitzer, man findet es auf anderen Bänden wieder, eine ganze kleine Privatbibliothek kann man zusammenstellen, die einst einem Domherrn in der Stadt Schleswig gehörte, einem trotzigen Polemiker unter Brüdern, als der Streit um die Reformation ging. Man kennt nicht sein Grab, sein Staub ist verweht, hier aber steht der corpus seiner Gedanken. So ist die *Bibliotheca Regia* entstanden, durch das Zusammenströmen vieler Quellen, von kleinen Bächen und großen Flüssen, verschiedene Zuflüsse von überall her, hier jedoch zu einem organischen Zusammenhang vereint, ein Bild der dänischen Kultur.

Eine andere Art Geschichte erzählt oben in dem kleinen Museum ein durchlöcherter Bücherregal; die Löcher stammen von Sprengstücken einer Bombe von 1807. Fünfmal ist die Bibliothek ihrem Untergang nahe gewesen: 1659, als Carl Gustav, siegessicher, sie Malmö versprach; 1795 und 1884, als Christiansborg brannte, der Wind jedoch im letzten Augenblick umsprang. 1807,

als die Engländer die Stadt bombardierten, und wieder unter der Besetzung im zweiten Weltkrieg, als Bomben über Christianshavn, nur wenige hundert Meter entfernt, fielen. Das Schicksal ist gnädig gewesen, und doch, das durchlöcherete Bücherregal beunruhigt. Ein gewisses gebombtes Buch heißt Defensor pads, der Verteidiger des Friedens, aber es konnte sich ja nicht einmal selbst verteidigen.

Aus: Carl Roos, Die Zeit der Vorbereitung — Lebenserinnerungen, Bd. 1 G. E. C. Gad, Kopenhagen

BUCHBESPRECHUNG

Oswald Hauser: Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke. Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins. Bd. 42, Neumünster 1960.

Die Ereignisse der Jahre 1933 bis 1948 haben nicht nur zur Folge gehabt, daß aus der preußischen Provinz das Land Schleswig-Holstein wurde, sie haben auch bewirkt, daß man sich mit der Zeit von 1864 bis 1920 als einer geschichtlichen Periode Schleswig-Holsteins zu beschäftigen begann. So entstanden die Arbeiten von Reinhardt, der sich mit der Auseinandersetzung der Schleswig-Holsteiner mit Preußen befaßte, und Werner Franz, der die Einführung der preußischen Verwaltung schilderte. Daß die Auseinandersetzung um

diesen Zeitraum durchaus nicht ohne innere Anteilnahme vor sich geht, kann man aus der Kontroverse zwischen Klüver und Hauser über den letzten Abschnitt der neuesten Auflage des Grundrisses von O. Brandt erkennen. Nun hat Oswald Hauser mit dem vorliegenden Band — in dem er das Verhältnis der preußischen Verwaltung zur dänischen Minderheit schildert — einen weiteren Beitrag zur Diskussion der Jahre von 1864 bis 1920 geliefert. Gerade auf diesem heiklen Gebiet stand das Urteil der Nachwelt — verständlich, weil man den Wert einer Politik nach ihren Früchten mißt — schablonenhaft fest. Der Verfasser schildert nun sehr geschickt und mit einem erstaunlichen Maß an Unvoreingenommenheit, wie diese Minderheitenpolitik zustande gekommen ist, oder, besser gesagt, wie die Verwaltung dazu kam, die nachgerade oft genug als unklug

angepirngerte Politik, besonders auf dem Gebiet der Sprache und Schule, zu fñhren. Er hebt — zweifellos zu Recht — hervor, daÙ von einer Diktatur damals nicht die Rede sein kñnnte. Besonders wird das Gewicht der „Mittelinstanz“, der Oberpræsidenten, hervorgehoben. Und man kann ja auch, wie die Ausfñhrungen des Verfassers zeigen, die Perioden der preuÙischen Minderheitenpolitik nach den einzelnen Oberpræsidenten aufgliedern. So kann man als ersten Abschnitt sehr wohl die Zeit unter dem Oberpræsidenten Scheel-Plessen zusammenfassen, der als schleswig-holsteinischer Gesamtstaatsmann fñr nationale KampfmaÙnahmen wenig Sinn hatte. Und in der „Zentralinstanz“ in Berlin überschattete in seiner Zeit Bismarcks Politik alle innenpolitischen Erwägungen; auch bei Bismarcks sehr eigengeprägtem und kompliziertem Staatsdenken kann von einer nationalistischen Minderheitspolitik keine Rede sein. Diese erste Zeit — bis 1879 reichend — stand hauptsächlich unter dem Druck der Optantenfrage, während die Zeit der Præsidentschaft Steinmann dann die Sprachenfrage in den Vordergrund schob, die dann in der Zeit von Kollers alles andere überschattete. Steinmann (bis 1898) war der erste PreuÙe auf dem Stuhl des Oberpræsidenten und, wie der Verfasser überzeugend nachweist, ein wohlwollender und selbständig denkender Præsident, dessen Præsidentschaft allerdings schon stark vom nationalen Denken

her bestimmt wurde. Das war ja auch kein Wunder, denn PreuÙen hatte, wie der Verfasser es auch selbst betont, nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 als Staat keine ideelle Zielrichtung mehr, und so unerfreulich sich die schnelle Verbindung von preuÙischem Staatsdenken mit der nationalen Idee in Nordschleswig auswirkte, so sehr war sie andererseits die Voraussetzung fñr die schnelle Versöhnung der Schleswig-Holsteiner mit ihrem Schicksal der Annexion. So zeigt der Verfasser das interessante Phänomen, daÙ auch langdienende Beamte der „Mittel- und Unterinstanz“, wie Matzen und Schneider (S. 67, 73 und 78), dem Sog der nationalen Staatsidee preuÙischer Prägung erlagen. (Über die Stellenbesetzungen und Umbesetzungen nach 1879 in der „Unterinstanz“ erfährt man sonst recht wenig, dieses miÙliche Kapitel kann man ja auch an anderer Stelle nachlesen.) Der Verfasser weist dabei wiederholt auf die Einwirkung der öffentlichen Meinung, d. h. der Presse, hin, die auch liberalere Beamte in die nationalistische Richtung drängte. Höchst aufschluÙreich ist auch die geschilderte Wechselwirkung zwischen ostdeutscher und norddeutscher Minderheitenpolitik. Geradezu aktuell liest sich die Auseinandersetzung zwischen der Kirche und dem Nationalstaat, als die Seelsorge durch die Sprachenpolitik in Bedrängnis geriet. Dieses Buch trägt im Ganzen wegen seiner kritischen Verarbeitung eines umfangreichen

Quellenmaterials sehr viel zur Klärung der preußischen Politik in Nordschleswig und der sie bestimmenden Einflüsse bei. Problematisch allerdings mutet es an, daß die Entwicklung dieser Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein seit 1864 unter dem

Gegensatz: Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke gesehen wird; dieses Leitmotiv hätte sich bei einer Schilderung ostdeutscher preußischer Minderheitenpolitik vom 18. bis 19. Jahrhundert sicher widerspruchsloser durchführen lassen.

Dr. H. Fr. Schütt

Stimmen zu EWG und EFTA und ihrer Zusammenarbeit

Der EFTA-Ministerrat hat zum Abschluß seiner Genfer Tagung der EWG sofortige Verhandlungen zur Schaffung eines 300 Millionen Menschen umfassenden europäischen Einheitsmarktes vorgeschlagen. „Die einfache Koexistenz der beiden Wirtschaftsblöcke reicht nicht aus“, so heißt es in dem EFTA-Kommuniqué, „um Europa in den Stand zu setzen, sein wirtschaftliches Potential voll zu nutzen“. Man ist versucht hinzuzufügen, daß auch die bloße Verhandlungsbereitschaft nicht genügt, um zu dem vielzitierten und herbeigesehnten „Brückenschlag“ zwischen EWG und EFTA zu kommen. Konkrete Hinweise darauf, auf welcher Grundlage denn nun verhandelt werden soll, fehlen in dem EFTA-Angebot. Es war daher in erster Linie wohl nur eine Dokumentation des „guten Willens“ – was keineswegs heißen soll, daß die Länder der europäischen Freihandelszone nicht ehrlich an einem „Brückenschlag“ interessiert sind. Aber die grundlegenden Schwierigkeiten für die Bildung eines praktisch alle europäischen Staaten umfassenden Marktes scheinen heute nach dem EFTA-Verhandlungsangebot – genauso groß wie vorher. Wir können wenigstens weit und breit nichts entdecken, was auf einen *grundlegenden* Meinungswandel innerhalb der beiden Wirtschaftsblöcke schließen läßt.

Praktisch ist es so, daß beide Gruppen, EWG und EFTA, zwar die *gleichen* Vokabeln wie „einheitlicher Markt“ usw. verwenden, daß sie aber etwas *Verschiedenes* darunter verstehen. Für die EWG ist die Wirtschaftsintegration die Vorstufe zu politischer Integration. Hier steht also das politische Moment eindeutig im Vordergrund. Die Engländer und die Neutralen innerhalb der EFTA legen das Schwergewicht aufs rein Wirtschaftliche, sie betrachten den freien, ungehinderten Austausch von Gütern als Selbstzweck. Ein „Brückenschlag“ ist nur denkbar, wenn beide Seiten langsam von ihren Standpunkten herunterklettern. Aber dafür sind noch keine echten Anzeichen vorhanden.

Flensburger Tageblatt

Es ist in Genf reichlich viel guter Wille bekundet worden. Es sind dort gute und richtige Worte gefallen über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der EWG. Es zeigte sich guter Wille zu dem sogenannten „Brückenbau“, guter Wille für eine europäische Zusammenarbeit. Aber der bloße gute Wille, so groß er auch sein mag, reicht allein dazu nicht aus. Manche Hindernisse türmen sich noch der Zusammenarbeit der Sechs und der Sieben auf. Es läßt sich nicht übersehen, daß diese Hindernisse auch in Genf leider nicht weniger geworden sind.

Nicht zuletzt und nicht zum mindesten ist Dänemark weiterhin in einer schwierigen Lage. In der EFTA findet sich nicht das richtige Verständnis für Dänemarks lebenswichtigen landwirtschaftlichen Export – genauso wenig wie für den Norwegens an Fischen.

Für Dänemark gilt generell, daß es ebenso große Exportinteressen im Gemeinsamen Markt wie in der Kleinen Freihandelszone hat. Für Dänemark wäre eine weitere und möglicherweise zunehmende Rivalität der zwei großen europäischen Wirtschaftsblöcke eine drückende Belastung. Aber wie sollen Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland wirklich die Fahrt antreten in dem einen Wirtschaftsboot mit dem Namen „Das freie Europa“? Das ist im Augenblick nicht zu erkennen.

Flensburg Avis

Zur Stärkung der Position unseres Gebietes innerhalb der EWG ist eine entscheidende Verbesserung der wirtschaftlichen Grundausstattung unerlässlich, und zwar nicht nur im Interesse unseres Wirtschaftsbezirkes allein, sondern auch im Interesse des größeren europäischen Wirtschaftsraumes, dessen gedeihliche Entwicklung nicht zuletzt durch eine gesunde soziale und wirtschaftliche Struktur in den Randgebieten bestimmt wird. Dabei darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß unser Land als die natürliche Brücke zu den nordischen Ländern in erster Linie dazu berufen ist, den Kontakt zu diesen Ländern zu pflegen und damit den Weg zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden großen Wirtschaftsräume EWG und EFTA offenzuhalten.

*Otto Weide, Präsident der
Industrie- und Handelskammer Flensburg*

Um die „untraditionelle Vertretung“ der Minderheit

Rudolf Stehr, der Generalsekretär des Bundes deutscher Nordschleswiger, vergleicht in diesem Heft (s. S. 30) die rechtliche Stellung der parlamentarischen Vertretung der deutschen Minderheit im Folketing und die der dänischen im schleswig-holsteinischen Landtag und kommt zu dem Schluß, daß beiden nationalen Gruppen hier etwa die gleichen Möglichkeiten gegeben sind – zum mindesten, was die Vertretung in Kopenhagen und Kiel anbelangt – die Stehr nur gegeneinander abwägt. Was die „Wertung“ anbetrifft, hapert es hier auf dänischer Seite aber offensichtlich, da Dänemark ein souveräner Staat, Schleswig-Holstein aber „nur“ ein in seiner Souveränität begrenztes westdeutsches Bundesland ist. Dabei kann man durchaus der Meinung sein, daß Kiel für die Minderheit viel „interessanter“ ist als Bonn und trotz seiner anderen Stellung mehr politische

„Möglichkeiten“ in sich hat. Die von der dänischen Minderheit in letzter Zeit wieder ins Gespräch gebrachte „untraditionelle Vertretung“ zielt aber nicht nach Kiel, sondern nach Bonn als der „höheren Ebene“. Dazu einige Stimmen:

K.O. Meyer, der Vorsitzende des SSW, schreibt hierzu in Flensburg Avis, daß in den Reihen der dänischen Minderheit über die Möglichkeiten einer „untraditionellen Vertretung“ in Bonn gesprochen wird. Dabei spielen eine Rolle Erörterungen um einen Gesetzesvorschlag, der 1953 in Bonn vorgelegen hat, in dritter Lesung aber abgelehnt wurde. Er sah vor, daß die Partei einer nationalen Minderheit, die keinen Sitz im Bundestag erhält, über die Landesliste einen Vertreter mit beratender Stimme in den Bundestag senden kann, wenn die betreffende Partei mehr als ein Tausendstel aller bei der Wahl abgegebenen Zweitstimmen erhalten hat.

Jetzt werden gegen eine solche Regelung verfassungsmäßige Bedenken geltend gemacht. Es werden sich aber nach der Bundestagswahl 1961 Möglichkeiten ergeben, auf die Frage der „untraditionellen Vertretung“ zurückzukommen in Zusammenarbeit mit den Kreisen, die einer solchen Regelung positiv gegenüberstehen.

Auf jeden Fall ist sicher, daß Verhandlungen um eine solche Regelung und auch um andere politische Fragen nur mit Nachdruck geführt werden können, wenn der SSW sich am Kampf um die Stimmen beteiligt. Eine politische Partei, die wirken will, kann sich diesem nicht entziehen.

*

Karl Christiansen, der Bonner Korrespondent von Flensburg Avis, schrieb dazu, daß es in Bonn eine Reihe deutscher Politiker gibt, die der dänischen Minderheit in Südschleswig die bestmögliche Vertretung wünschen. Für etliche ist entscheidend dabei ihre prinzipiell minderheitenfreundliche Einstellung, andere tun es mehr aus vernunftmäßigen Gründen. In beiden Fällen meinen diese Politiker, daß es eines Versuches wert wäre, sich mit den dänisch-südschleswigschen Wünschen vertraut zu machen.

Ob diese Politiker für das Anliegen der Minderheit gewonnen werden können und ob ihr Einfluß groß genug ist für eine Hilfeleistung bei einem eventuellen Schritt in Richtung auf eine „untraditionelle Vertretung“, ist natürlich im voraus nicht zu sagen.

Bedingung hierfür ist aber ohne Zweifel, daß die dänische Minderheit die nötigen Sicherungen dafür schaffen kann, daß eine solche Regelung auch für die deutschen Nordschleswiger geschaffen wird, wenn diese in die Situation kommen sollten, ohne parlamentarische Vertretung in Kopenhagen zu sein.

Alle Politiker unterstrichen, daß die verfassungsmäßigen Probleme gegenüber einer solchen „untraditionellen“ Vertretung bedeutend sind, nicht nur in Westdeutschland, sondern auch ganz besonders in Dänemark.

Eine Untersuchung der augenblicklichen Situation in Bonn ergibt aber Anhaltspunkte dafür, daß es an der Zeit ist, hier aktiv zu bleiben. Es ist nicht so, daß eine solche Sondierung des gegenwärtigen politischen Terrains in Bonn mit nichts anderem enden kann als der resignierenden Feststellung, daß unsere Wünsche bis auf weiteres ad acta gelegt werden müssen. Enden die Bestrebungen aber mit einem positiven Resultat, bedeutet das eine wesentliche Stärkung der politischen Stellung der dänischen Südschleswiger.

*

„Der Nordschleswiger“, das Organ der deutschen Volksgruppe, betont zu der Frage einer „untraditionellen Vertretung“ der Minderheiten, daß von deutscher Seite bisher noch nie ein solcher Wunsch im Folketing ausgesprochen worden ist. Man hat sich lediglich auf eine Kommentierung der dänischen Wünsche südlich der Grenze beschränkt.

*

Als „Überlegungen ohne den geringsten Anflug von Realität“ bezeichnete Bundestagsabg. Rasner kürzlich vor der Presse in Flensburg die neuerdings in dänischen Blättern wiederaufgetauchten Wünsche, daß in den Bundestag Minderheitenvertreter unter einer Art „Berlin-Status“ aufgenommen werden sollten. Er betonte, daß eine solche Regelung, wenn überhaupt, nur nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit möglich wäre, daß also Dänemark der deutschen Minderheit das gleiche Recht einräumen müßte. In beiden Ländern wären dafür Verfassungsänderungen nötig; die nach seiner Auffassung nicht zustande kommen, in Kopenhagen noch weniger als in Bonn.

*

Und „Jydske Tidende“ schreibt zu dieser Frage (nach kds): Es kann keinem Zweck dienen, „sich selbst und anderen vorzugaukeln, daß ‚untraditionelle Vertretungen‘ erreicht werden können, wenn die verfassungsmäßigen Hindernisse derartig sind, daß alle Anstrengungen hoffnungslos sein werden. In jedem Falle müssen wir hierzulande uns verbeten haben, daß wir aus Rücksicht auf eine Prestigefrage unseren eigenen demokratischen Status verringern und Wege öffnen sollten, die schicksalsschwangere Konsequenzen erhalten könnten“. Man sollte sich weiter klar darüber sein, daß die dänischen Südschleswiger in dem Parlament vertreten sind, wo das Kultusministerium sich befindet, und daß es kein Kultusministerium in Bonn gibt, wo sie also keine Möglichkeit erhalten können, ihre wesentlichen Angelegenheiten vorzutragen.

Eine Neugründung:
Dänisch-deutscher Aufklärungsausschuß

Der bereits Ende letzten Sommers angekündigte „Dänisch-deutsche Aufklärungsausschuß“ ist nun am 15. März in Kopenhagen gegründet worden. Der Ausschuß will eine vermittelnde Tätigkeit zwischen politischen und kulturellen Kreisen Dänemarks und der Bundesrepublik Deutschland ausüben durch Einladung und Empfehlungen von Vortragenden, durch gegenseitige Aufklärung über die Verhältnisse in beiden Ländern, durch Verbreitung von Artikeln und durch die Veranstaltung gegenseitiger Journalistenbesuche.

Unter seinen vorläufig 32 Mitgliedern, die sich bis auf 50 ergänzen können, sind führende Männer der ehemaligen dänischen Widerstandsbewegung, von denen auch im wesentlichen die Initiative ausgegangen sein soll, und zahlreiche Persönlichkeiten, die bereits durch eine fachliche Zusammenarbeit mit deutschen Kreisen bekanntgeworden sind, Universitätsprofessoren, Juristen, Historiker, Journalisten und Volkshochschulleiter.

Wie weit die Forderung einiger Zeitungen, daß grenzlandinteressierte Kreise in Dänemark in den Ausschuß einbezogen werden müßten, berücksichtigt ist, bleibt abzuwarten. Einige der Mitglieder des Ausschusses sind, wenn auch nicht durch grenzpolitische Aktivität, so doch durch lebhafte Teilnahme an der Südschleswig-Arbeit hervorgetreten.

Zum geschäftsführenden Ausschuß gehören Ingenieur Erling Foss, Lektor Jörgen Hatting, Höchstgerichtsanwalt Paul Jarding und Professor Steffen Steffensen.

An deutschen Persönlichkeiten, mit denen erster Kontakt aufgenommen ist, werden Bundestagspräsident Gerstenmaier, Prof. Eckert, Leiter des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig, und der um den Ausbau der Verbindungen zu Dänemark verdiente Hamburger Kaufmann Blumenfeld genannt.

kds.

Aus der Arbeit des Grenzfriedensbundes

Die Mitgliederversammlung 1961

findet in der ersten Junihälfte – wie auch in den früheren Jahren – in Husum statt. Die Einladungen hierzu mit der genauen Tagesordnung werden rechtzeitig schriftlich ergehen.

Jahresbeitrag 1961

Nach dem Beschluß der Mitgliederversammlung 1960 ist das Geschäftsjahr vom 1. Januar ab auf das Kalenderjahr umgestellt worden. Das bedeutet, daß der Jahresbeitrag künftig auch für das Kalenderjahr gilt.

Die Einziehung der Beiträge, soweit sie 2,00 DM übersteigen, hat im Vorjahr ganz erhebliche Arbeit und Kosten verursacht. Beiträge bis zu 2,00 DM einschl. werden

durch die Post als Bezugsgebühr für die Grenzfriedenshefte eingezogen. Es wird freundlichst gebeten, die Beiträge, die über 2,00 DM liegen, möglichst bald ohne weitere Aufforderung zu überweisen. Konten: Nr. 1386 Kreissparkasse Husum, Nr. 11407 Postscheckamt Hamburg.

Beihilfen für Schulfahrten und Wanderungen

Der Grenzfriedensbund ist auch für 1961 in der Lage, für Minderbemittelte bei Schulfahrten, Schullandheimaufenthalten und Fahrten und Lagern von Turn- und Sportverbänden, Jugendverbänden usw. Beihilfen zu geben. Für Anträge wird gebeten die vom Grenzfriedensbund zu beziehenden Vordrucke zu benutzen.

Die Vorarbeiten für die Großfahrten der Schulen sind bereits angelaufen. Nach den bisher vorliegenden Unterlagen werden aus den Kreisen Flensburg-Stadt, Eckernförde, Rendsburg, Schleswig und Südtondern etwa 110 Schulen mit rund 2400 Kindern auf Fahrt gehen.

Für Beihilfen kommen nur Kinder in Frage aus dem 8. und 9. Schuljahr der Volksschule, aus dem 10. Schuljahr der Mittelschule bzw. des Aufbauzuges, aus der U II und der O I der Höheren Schule.

Das nächste Grenzfriedensheft

erscheint anlässlich des Friesenkongresses in verstärktem Umfange schon in den ersten Junitagen. Namhafte Kenner des Friesentums werden in diesem Heft zu grundsätzlichen Fragen Stellung nehmen. Damit geht ein seit langem gehegter Plan des Grenzfriedensbundes in Erfüllung, auch das friesische Volkstum in seine Arbeit einzubeziehen.

Ein Dänisch-Deutsches Treffen in der Volkshochschule Snoghøj

findet in der Zeit vom 29. September bis 1. Oktober statt. Veranstalter sind Landsforeningerne Grænsen i Samarbejde med Nordisk-Europæisk Folkehøjskole Snoghøj und der Grenzfriedensbund.

Bestimmt die Wirtschaft das Geschehen im Grenzland?

ist das Generalthema der Tagung. Zur ökonomischen Lage des Grenzlandes sprechen Bürgermeister Paulsen, Tondern, und Ministerialrat Dr. Claus Bielfeldt, Kiel; über sozialökonomische Verschiebungen referiert Volkshochschulvorsteher Rosendahl, Søhus; mit neuen kulturellen Aspekten beschäftigt sich ein weiterer Vortrag (Redner noch nicht genannt), und die Stellung der Jugend ist das Thema des Vortrages von Rektor Fejlbjerg-Jørgensen, Tondern.

Wir fliegen – wir fliegen nach Berlin ...

Aus dem Tagebuch einer Berlin-Reise im Herbst 1960, aufgezeichnet von den Klassen HO b und HO c der zweijährigen Handelsschule Flensburg – Wir bringen aus dem umfangreichen Bericht den Abschnitt über die Flugreise –, die für die Teilnehmer wohl das Ereignis der Reise war und bei allen, die noch nicht nach Berlin geflogen sind, lebhaftes Interesse finden wird.

Wir fliegen – aber nein, doch nicht aus der Schule, sondern mit einem Flugzeug der Pan American World Airways von Hamburg nach Berlin. Wir, das sind die Schüler von zwei Klassen der Handelsschule Flensburg. Eine recht kapitalkräftige Schülerschar, meinen Sie? Weit gefehlt! Aber ist besser, wir erzählen alles der Reihe nach ...

*

Heute fahren wir nun endlich los, nachdem schon Wochen vorher von nichts anderem die Rede war. Um 7 Uhr will unser Bus pünktlich abfahren, da meldet sich das erste Hindernis – ein Junge hat seinen Personalausweis vergessen. Aber schon eine Viertelstunde später hat alle Aufregung ein Ende, denn da rattert unser alter Schinken bereits die B 76 entlang. Doch vielleicht war dies schon ein kleines Vorzeichen für die Fahrt, die am ersten Tag nur aus Hindernissen bestehen sollte. Durch die Holsteinische Schweiz gelangen wir nach Lübeck. Schnell machen wir einen kleinen Abstecher zum Holstentor. Aber schon bald heißt es wieder einsteigen, und nun geht es ohne Aufenthalt der Zonengrenze bei Lauenburg entgegen.

Der Verkehr läßt merklich nach, und auch die Stimmung im Bus hat etwas nachgelassen. Jeder denkt an die bevorstehende Kontrolle und an die Begegnung mit den ostzonalen Verhältnissen. Unser Bus hält. Wir sind am Kontrollpunkt angelangt. Unser Lehrer steigt aus, nimmt unsere Personalausweise mit und begibt sich in das Zollgebäude ...

Wir warten – wir warten fast zwei Stunden, und dann sehen wir unseren Lehrer verstört wieder in den Bus steigen ...

„Zuerst wurden unsere Ausweise kontrolliert, man wollte mir einreden, wir seien ein Sängerbund, der zum Heimkehrertreffen wolle. Danach wurde ich einem scharfen Verhör unterzogen, ich mußte meine Meinung über ihre Regierung sagen, über das Verhör und über andere unangenehme Fragen. Gegen seine eigene Überzeugung zu sprechen, das sei gewiß nicht leicht.“ — Wir wurden sehr still ...

*

Bald tauchte die Frage auf: Was nun? „Wir müssen sehen, ob wir fliegen können“, hörten wir unseren Lehrer sagen. Der Bann war gebrochen, alles jubelte und

schrie durcheinander. Jetzt hatte die Hälfte der Schüler das natürlich schon heute morgen gewußt. Aber bis der Flug endgültig feststand, waren noch viele Formalitäten zu erledigen und viele Schwierigkeiten zu überbrücken ...

*

„Die Fluggäste des Pan-American-Clippers Nr. 612 nach Berlin, Abflug 23.05 Uhr, werden gebeten, ihre Flugkarten zu holen“, krächzt der Lautsprecher. Mit einem Schlage sind wir hellwach. Ein Drängeln und Schupsen an der Gepäckwaage – jeder Koffer erhält eine grüne Gepäcknummer – Rufe ertönen – Taschen werden gesucht – Frau Carstens verteilt blaue Flugkarten! Das sind die Ereignisse der nächsten Minuten. Dann stehen wir unter dem Plandachsteg des Ausganges B. Vor uns liegt das große Flugfeld! Die bunten Signallampen spiegeln sich auf dem nassen Asphalt wider. Links neben dem Flughafenrestaurant kreist unaufhörlich der Radarschirm. Ein wenig später wird der Durchgang freigegeben. Der große Augenblick ist gekommen. Ein Angestellter der PAA nimmt die Karten entgegen. Wir laufen über den hellerleuchteten Platz und die Treppe zum Flugzeug hinauf. Dann wandern unsere Blicke neugierig durch den Rumpf des „Vogels“. Zu zweit und zu dritt sind die hohen, am Kopfteil weißbezogenen Sitze längs den Fenstern angebracht. Schnell sind alle Plätze belegt. Wir verstauen unser Handgepäck in dem Fach über den bullaugengroßen Fenstern. Daneben sind Schalttafeln angebracht, mit deren Hilfe man Licht ausschalten und eine der beiden Stewardessen, die uns begleiten, herbeiklingeln kann. Unter unseren Armlehnen entdecken wir einen Knopf, bei dessen Betätigung sich unsere Rückenpolster in eine bequeme Lage zurückstellen lassen. Die Aschenbecher springen ebenfalls auf einen Druck hin unter den Armpolstern hervor. In einem Netz an der Rückwand des Vorsitzes finden wir ein Kopfkissen und die „berüchtigten“ Tüten.

Genau um 23.05 Uhr schließt sich die dicke Tür des Clippers. Eine Stewardess begrüßt uns durch ein Mikrophon und wünscht uns einen angenehmen Flug. Wir werden fünfzig Minuten in einer Höhe von 3200m nach Berlin fliegen. Inzwischen ist über der Tür zum Raum der ersten Klasse ein Schild aufgeleuchtet, auf dem steht: Bitte anschnallen! Nicht rauchen! No smoking! Die Propeller laufen, das Flugzeug fährt zur Startbahn. Die Signallampen geben den Flug frei, und wir rollen an. Immer schneller, immer schneller saust die Maschine über das Rollfeld. Die vier Motoren singen hell, und es gibt einen kleinen Stoß. Wir fliegen, wir fliegen richtig! Es ist ein Gefühl, als ob man mit dem Fahrstuhl hinauf in den zehnten Stock fährt. Langsam läßt der Druck auf unseren Ohren nach. Alle Passagiere schauen aus den Fenstern. Die Lichter der Millionenstadt blinken und funkeln. Zunächst können wir die Straßenzüge, Häuserblocks und auch den Hafen noch deutlich erkennen; doch wir steigen ständig. Allmählich wird Hamburg immer kleiner, und es schieben sich Wolken zwischen uns und die Erde. Nun können sich die Fluggäste wieder abschnallen. Einige Klassenkameraden schlafen eine halbe

Stunde. Die amerikanische und die englische Flugzeugsbegleiterin sind um jeden bemüht. Einem Gast servieren sie ein Abendessen, einem anderen geben sie freundlich Auskunft und einem dritten helfen sie beim Zurückstellen seines Sitzes. Ich blicke aus dem Fenster. Vereinzelt schimmert ein Licht durch die Wolkenlöcher herauf. Wir müssen jetzt über der Zone sein.

Dann sagt plötzlich irgend jemand: „Dort drüben liegt Berlin!“ Vierundzwanzig Jungen- und Mädchenköpfe drängen sich hinter den Fensterscheiben. Und wirklich, unter uns glänzt das Lichtermeer der größten Stadt Deutschlands. Wir bemerken, daß diese Stadt eine viel größere und weitläufigere Ausdehnung hat als Hamburg. Die Stewardess bittet, daß wir uns wieder anschnallen und das Rauchen einstellen. Das Flugzeug beschreibt eine große Kurve, die Erde rückt immer näher. Da, das Brandenburger Tor wird von Scheinwerfern angestrahlt, und wir erkennen es sofort! Wir fliegen immer tiefer. Oder kommt die Erde uns entgegen? Es ist, als habe Berlin uns zum Empfang Tausende von Lampen angesteckt. Die breiten Geschäftsstraßen mit ihrer bunten Lichtreklame liegen uns zu Füßen. Auf einmal ist das Rollfeld heran. Ein mächtiger Hopser und wir rollen über festen Boden. Die Maschine drosselt stark ihre Geschwindigkeit. Die Stimme der Stewardess sagt: „Wir sind soeben auf dem Flughafen Tempelhof in Berlin gelandet. Bitte warten Sie mit dem Abschnallen, bis alle Motoren zum Stehen gebracht sind. Wir hoffen, daß Sie einen angenehmen Flug gehabt haben und möchten uns nun von Ihnen verabschieden. Auf Wiedersehen!“ Das Surren der Maschine hat aufgehört. Die Treppe wird herbeigerollt und die Tür geöffnet. Wir schnallen die blauen Gurte ab, suchen unsere Sachen zusammen und verlassen den Clipper Nr. 612, nachdem auch wir uns von den beiden Stewardessen in den blauen Uniformen verabschiedet haben. Das erste, was uns eigentlich auffällt, als wir die Treppe hinabsteigen und über den Flugplatz in die Halle gehen, ist das milde Wetter. In Berlin ist es viel wärmer als in Hamburg. Hier macht sich also das Binnenklima schon stark bemerkbar. —

*

Wir suchen mit den anderen Fluggästen nach unseren Koffern, die durch Klappen in der Wand von draußen hereingeschoben werden. Als jeder Schüler seine Gepäckstücke, seinen Schirm oder seine Tasche wieder beisammen hat, verlassen wir den Flughafen und gehen zur Bushaltestelle. Mit dem Bus A 19 können wir von Tempelhof direkt bis zu unserem Heim im Grünewald fahren. Bald hocken wir oben im Doppeldecker und „kutschieren“ durch das nächtliche Berlin. Die Fahrt geht am Luftbrückendenkmal vorbei zum Kurfürstendamm. So lernen wir heute nacht schon vom Bus aus die nächtlichen Prachtstraßen der Hauptstadt kennen und sehen das Hochhaus der Telefunken, das Hilton-Hotel und den Funkturm. An der schwarzen Ruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche vorbei fahren wir zur Königsallee. Am Hagenplatz heißt es: „Alle aussteigen!“ Wir tragen

unsere Koffer wenige hundert Meter zum Heim „Egmont“ des Deutschen Roten Kreuzes. Die Mädchen haben ihre Zimmer im Haupthaus, die Jungen schlafen in der Nachbarvilla. Der Heimleiter begrüßt uns. Bevor wir nicht gerade leise die Treppen zu unseren Zimmern „hinaufschleichen“, können wir eine Tasse Tee trinken ...

Ehe wir richtig einschlafen, kommt es dunkel aus einer Ecke: „Fliegen ist doch eine feine Sache! Gestern abend haben wir in Hamburg gegessen und um Mitternacht sind wir in Berlin gelandet. Ich möchte nur noch fliegen! Gute Nacht!“